

Erste Bank der
oesterreichischen
Sparkassen AG

Jahresabschluss 2006

INHALTSVERZEICHNIS

Lagebericht und Erläuterungen zur Finanzentwicklung der Erste Bank AG	1
Detailerläuterungen zur Erfolgsentwicklung.....	2
Erläuterungen zur Bilanzentwicklung.....	3
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag und Ausblick 2007.....	5
Erläuterung der Finanzrisiken in der Erste Bank sowie Ziele und Methoden im Risikomanagement.....	7
Corporate Social Responsibility.....	9
Bilanz der Erste Bank AG	16
Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Erste Bank AG	19
Anhang zum Jahresabschluss 2006	21
Gewinnverteilungsvorschlag.....	46
Anlage zum Anhang	47
Organe der Erste Bank AG.....	47
Anlagenspiegel 2006.....	52
Anteilsbesitz 2006.....	53
Bestätigungsbericht	58
Bericht des Aufsichtsrats	59

Impressum

Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG
Graben 21
1010 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:
Investor Relations

Fax: +43 (0) 5 0100 13112
E-Mail: investor.relations@erstebank.at
Internet: www.erstebank.com/ir

**Erste Bank der
oesterreichischen
Sparkassen AG**

Jahresabschluss 2006

LAGEBERICHT der Erste Bank AG 2006

Zusammenfassung der wirtschaftlichen Entwicklung der Erste Bank AG im Jahre 2006

Im Geschäftsjahr 2006 konnte die Erste Bank AG bei den **Betriebserträgen** insgesamt einen Anstieg um 3,1 Prozent auf EUR 1.305,0 Mio verzeichnen. Dies war insbesondere auf den Anstieg des Zinsensaldos insgesamt (Nettozinsertrag und Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen) um 5,2 Prozent zurückzuführen.

Da die **Betriebsaufwendungen** um 10,6 Prozent auf EUR 730,8 Mio anstiegen, war beim **Betriebsergebnis** (Betriebserträge abzüglich Betriebsaufwendungen) ein Rückgang um 5,2 Prozent auf EUR 574,2 Mio zu verzeichnen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass im Provisionsaufwand sowie den Betriebsaufwendungen außertourliche Aufwendungen aus der im Jänner 2006 durchgeführten Kapitalerhöhung von insgesamt rund EUR 31,5 Mio enthalten sind. Weiters beinhalten die Betriebsaufwendungen im Jahre 2006 auch Einmalaufwendungen aus der Anpassung der Berechnungsparameter bei Sozialkapitalrückstellungen.

Die **Kosten-/Ertragsrelation** (Cost-/Income Ratio, Betriebsaufwand in Prozent der Betriebserträge) lag daher im Jahre 2006 bei 56,0 Prozent gegenüber 52,2 Prozent im Vorjahr.

Nach Berücksichtigung der entsprechenden Ergebnisse aus Bewertung und Realisaten bei Forderungen, Wertpapieren und Beteiligungen (wobei der Bedarf für Kreditvorsorgen deutlich unter und die Ergebnisse aus Wertpapieren deutlich über dem Vorjahr lagen) ergab sich ein **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)** von EUR 502,2 Mio, welches um 16,1 Prozent über jenem des Vorjahres liegt.

Setzt man diese Zahl in Relation zur durchschnittlichen Zahl der Mitarbeiter in der Erste Bank AG im Jahr 2006 von 4.193 Mitarbeitern (Vorjahr: 4.183 Mitarbeiter – siehe dazu die Angaben im Anhang), dann erhält man als **Mitarbeiterproduktivität** einen Wert von rd. EUR 120 Tsd (Vorjahr: EUR 103 Tsd) EGT pro Mitarbeiter.

Nach Abzug des **außerordentlichen Ergebnisses** sowie der **Steuern** verbleibt ein **Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung** von EUR 479,9 Mio, welcher um 13,7 Prozent über dem Vorjahr liegt.

Daraus resultiert eine **Eigenkapitalverzinsung** (ROE – Jahresüberschuss vor Rücklagendotierung in Prozent des durchschnittlichen Eigenkapitals, welches sich aus gezeichnetem Kapital, offenen Rücklagen abzüglich eigener Anteile sowie dem Bilanzgewinn zusammensetzt) von 7,9 Prozent (Vorjahr: 13,0 Prozent).

Die Erste Bank AG erwirtschaftete im Jahre 2006 in 141 inländischen und 3 ausländischen Geschäftsstellen ein Geschäftsvolumen (**Bilanzsumme**) von EUR 83,7 Mrd, welches um 12,8 Prozent über dem Vorjahr (EUR 74,2 Mrd) liegt. Dabei erhöhten sich die **Forderungen an Kunden** um 8,8 Prozent auf EUR 25,5 Mrd (Vorjahr: EUR 23,4 Mrd), die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen um 28,1 Prozent auf EUR 17,7 Mrd (Vorjahr: EUR 13,8 Mrd). Vor allem aufgrund der Kapitalerhöhung im Jänner 2006 verzeichneten auch das Gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklagen einen überdurchschnittlichen Anstieg.

Die **Kernkapitalquote** der Erste Bank AG (regulatorisches Kernkapital gem. BWG in Prozent der risikogewichteten Aktiva gem. § 22 Abs. 2 BWG) lag per 31.12.2006 bei 18,3 Prozent (Vorjahr: 11,3 Prozent), die **Eigenmittelquote** (anrechenbare Eigenmittel abzüglich Erfordernis für das Wertpapier-Handelsbuch sowie offene Devisenpositionen in Prozent der risikogewichteten Aktiva gem. § 22 Abs. 2 BWG) bei 24,7 Prozent (Vorjahr: 18,0 Prozent).

Detailerläuterungen zur Erfolgswentwicklung

Beim **Nettozinsenertrag** konnte im Jahre 2006 ein deutlicher Anstieg um 16,1 Prozent auf EUR 452,6 Mio (Vorjahr: EUR 389,9 Mio) erzielt werden. Hauptgrund dafür waren die bis zum endgültigen Abschluss der Akquisition der Banca Comerciale Romana (BCR) im Oktober 2006 angefallenen Veranlagungserträge aus der im Jänner 2006 für diese Transaktion durchgeführten Kapitalerhöhung.

Im Nettozinsenertrag sind auch die Veränderungen der Vorsorgen auf Zinsforderungen sowie die zeitanteiligen Zu- und Abschreibungen für über bzw. unter dem Tilgungswert angeschaffte Wertpapiere des Anlagevermögens enthalten.

Ein leichter Rückgang um 4,0 Prozent auf EUR 442,8 Mio (Vorjahr: EUR 461,2 Mio) war bei den **Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen** zu verzeichnen. Dies resultiert daraus, dass die darin enthaltenen Erträge aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen von EUR 428,5 Mio im Vorjahr auf nunmehr rd. EUR 411,1 Mio zurückgegangen sind, was insbesondere auf eine atypisch hohe, aus Erträgen aus einem Beteiligungsverkauf resultierende Ausschüttung der Immorent AG im Vorjahr zurückzuführen ist.

Der gesamte **Zinsensaldo** als Summe aus Nettozinsenertrag und Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen stieg gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Prozent auf EUR 895,5 Mio.

Beim **Provisionsaldo** war ein leichter Rückgang um 0,9 Prozent auf EUR 294,4 Mio zu verzeichnen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass darin im Zuge der Kapitalerhöhung im Jänner 2006 angefallene Einmalaufwendungen von EUR 25,1 Mio enthalten sind. Bei Bereinigung um diesen Sondereffekt konnte ein Anstieg um 7,6 Prozent erreicht werden. Dabei waren insbesondere im Kreditgeschäft und im Zahlungsverkehr zufriedenstellende Ergebnisse zu verzeichnen.

Die **Erträge aus Finanzgeschäften** lagen mit EUR 109,6 Mio um 6,2 Prozent über dem Vorjahreswert von EUR 103,2 Mio. Dabei waren Anstiege im Devisen- und Valutengeschäft zu verzeichnen, die Ergebnisse im Wertpapiergeschäft waren rückläufig.

Aufgrund des Wegfalls von im Vorjahr angefallenen Einmalenerträgen aus Rückstellungsaufösungen waren die **sonstigen betrieblichen Erträge** rückläufig. Sie beinhalten insbesondere Mieterträge und Erträge aus Anlagenverkäufen.

Im Bereich der **Betriebsaufwendungen** stieg der **Personalaufwand** um 15,6 Prozent auf EUR 442,3 Mio (Vorjahr: EUR 382,6 Mio). Der Anstieg resultiert dabei vor allem aus Kollektivvertragserhöhungen, dem Ausbau der Mitarbeiterbeteiligung sowie einem erhöhten Aufwand aus Sozialrückstellungen (Pensionsrückstellung, Abfertigungsrückstellung und Rückstellung für Jubiläumsgelder), insbesondere aufgrund der erforderlichen Anpassung von verwendeten Berechnungsparameter, vor allem Absenkung des Diskontierungszinssatzes.

Der **Personalstand** der Erste Bank AG (nach Beschäftigungsgrad gewichtet) stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Stand 31.12.2006	Stand 31.12.2005
Inland	4.351	4.294
Ausland	94	92
Gesamt	4.445	4.386
<i>hievon Karenzierte</i>	272	266

Der **Sachaufwand** erhöhte sich um 4,8 Prozent auf EUR 225,4 Mio (Vorjahr: EUR 215,1 Mio). Überdurchschnittliche Anstiege waren dabei beim Schulungs-, Büro- und Marketingaufwand zu verzeichnen. Zu berücksichtigen ist, dass im Jahre 2006 im Sachaufwand Einmalaufwendungen

(insbesondere Werbe- und Beratungsaufwendungen) im Zusammenhang mit der im Jänner 2006 durchgeführten Kapitalerhöhung im Ausmaß von EUR 6,4 Mio enthalten sind.

Weiter um 10,6 Prozent auf EUR 51,8 Mio (Vorjahr: EUR 57,9 Mio) zurückgegangen sind die **Abschreibungen auf Sachanlagen**. Dies ist auf die in den letzten Jahren reduzierten Investitionsvolumina – insbesondere auch bei Softwareentwicklungen – zurückzuführen.

Aufgrund eines im Jahre 2006 angefallenen Einmalaufwandes haben sich die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** auf EUR 11,3 Mio mehr als verdoppelt (Vorjahr: EUR 4,9 Mio).

Der Nettobedarf für die Dotierung von **Risikovorsorgen** für Forderungen (einschließlich Forderungsabschreibungen, saldiert mit Erträgen aus Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen) lag 2006 deutlich unter jenem des Vorjahres, wobei ein gesunkenes Erfordernis im Auslandsgeschäft sowie überdurchschnittlich hohe Eingänge aus in Vorperioden abgeschriebenen Forderungen sowie Auflösungen von nicht mehr benötigten Vorsorgen aus Vorperioden zu verzeichnen waren.

Der Erfolgssaldo aus **Wertpapieren des Umlaufvermögens** (Bewertung und Kurserfolge) sowie aus den Positionen Erträge und Wertberichtigungen auf **Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens** verbesserten sich ebenfalls deutlich, sodass im **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit** (EGT) ein Anstieg um 16,1 Prozent auf EUR 502,2 Mio verzeichnet werden konnte (Vorjahr: EUR 432,6 Mio).

Die – gegenüber dem Vorjahr unveränderten – **außerordentlichen Aufwendungen** beinhalten auch 2006 ausschließlich die Aufholung der Unterdeckung der Pensionsrückstellung sowie die anteilige Auflösung der Abgrenzung für die Unterdeckung aus den in früheren Jahren erfolgten Übertragungen der Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Mitarbeitern an die Pensionskasse.

Steuerliche Situation: die wichtigsten inländischen Tochtergesellschaften sind gemäß den steuerlichen Regelungen zur Gruppenbesteuerung in die Gruppe der Erste Bank einbezogen. Aufgrund des hohen Anteils an steuerfreien Erträgen – insbesondere Beteiligungserträgen – sowie bestehender Verlustvorträge aus Vorjahren und der Anrechnungsmöglichkeit von Kapitalertragsteuern ergab sich für das Geschäftsjahr 2006 keine Belastung durch österreichische Körperschaftsteuer. Per 31.12.2006 besteht weiterhin ein erheblicher vortragsfähiger steuerlicher Verlustvortrag.

Unter der Position Steuern vom **Einkommen und Ertrag** sind vor allem Aufwendungen aus ausländischen Kapitalertrag- und sonstigen ertragsabhängigen Steuern sowie der Steuerertrag aus der laut Gruppenbesteuerungsregelung verrechneten Steuerumlage an die Tochtergesellschaften, die Mitglieder der steuerlichen Erste Bank-Gruppe sind, zusammengefasst.

In den **Sonstigen Steuern** ist im Jahre 2006 fast ausschließlich die Gesellschaftsteuer für die im Jahre 2006 durchgeführten Kapitalerhöhungen enthalten (rd. EUR 29,5 Mio).

Nach Berücksichtigung der **Rücklagenveränderungen**, die per Saldo einen Aufwand von EUR 275,0 Mio ergaben (Vorjahr: EUR 288,7 Mio), ergab sich ein gegenüber dem Vorjahr um 53,5 Prozent höherer Jahresgewinn von EUR 204,9 Mio.

Der Vorstand wird den Antrag an die Hauptversammlung stellen, aus dem ausgewiesenen **Bilanzgewinn** von – einschließlich des Gewinnvortrages – rund EUR 205,0 Mio für das Geschäftsjahr 2006 eine gegenüber dem Vorjahr um rund 18 Prozent auf EUR 0,65 je Aktie erhöhte **Dividende** (2005: EUR 0,55 je Aktie) auszuschütten. Die im Jahre 2006 emittierten jungen Aktien sind dabei für das volle Geschäftsjahr 2006 dividendenberechtigt.

Erläuterungen zur Bilanzentwicklung

Die **Bilanzsumme** der Erste Bank AG stieg im Jahre 2006 von EUR 74,2 Mrd im Vorjahr um 12,8 Prozent auf rund EUR 83,7 Mrd.

Die **Kundenforderungen** stiegen dabei um 8,8 Prozent auf EUR 25,5 Mrd, wobei das Wachstum hauptsächlich auf die überdurchschnittliche Entwicklung bei Forderungen an Auslandskunden (+ 17,9 Prozent auf EUR 11,5 Mrd) zurückzuführen war. Im Inlandsgeschäft war ein moderates Wachstum von 2,4 Prozent auf EUR 14,0 Mrd zu verzeichnen.

Nur unterdurchschnittlich – um 2,5 Prozent auf rd. EUR 16,7 Mrd erhöhten sich insgesamt die **Wertpapierveranlagungen** (Schuldtitel öffentlicher Stellen, festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere). Dabei waren die Schuldtitel öffentlicher Stellen um 9,3 Prozent auf rd. EUR 5,4 Mrd rückläufig.

Der Buchwert der **Beteiligungen und Anteile an verbundene Unternehmen** verdoppelte sich fast auf EUR 9,1 Mrd, was insbesondere auf die Akquisition der BCR (einschließlich der im Dezember 2006 von Mitarbeitern der BCR erworbenen Aktien) zurückzuführen ist.

Der Rückgang bei den **sonstigen Vermögensgegenständen** um 7,7 Prozent auf EUR 4,5 Mrd resultiert vor allem aus dem niedrigeren Stand an Wertpapierleihegeschäften. Die Position beinhaltet neben diesen Wertpapierleihegeschäften vor allem Zinsabgrenzungen, Prämienabgrenzungen im Derivatgeschäft sowie sonstige Verrechnungsforderungen.

Aktivseitig war ein Anstieg der **Forderungen an Kreditinstitute** um 10,4 Prozent auf EUR 26,4 Mrd (Vorjahr: EUR 23,9 Mrd) zu verzeichnen, auf der Passivseite erhöhten sich analog dazu die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** um 9,1 Prozent auf EUR 34,4 Mrd (Vorjahr: EUR 31,5 Mrd). Dabei war vor allem bei den Einlagen ausländischer Kreditinstitute ein überdurchschnittlicher Zuwachs zu verzeichnen (+16,2 Prozent auf EUR 21,5 Mrd).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erhöhten sich im Berichtsjahr überdurchschnittlich um 28,1 Prozent auf EUR 17,7 Mrd (Vorjahr: 13,8 Mrd). Dies resultiert vor allem aus der starken Ausweitung von Fremdwährungseinlagen ausländischer institutioneller Kunden in der Filiale New York. Die Einlagen von Inlandskunden stiegen um 13,7 Prozent auf EUR 13,4 Mrd.

Im Jahre 2006 war ein Rückgang der Refinanzierung über **Eigene Emissionen** zu verzeichnen. Die Summe aus Verbrieften Verbindlichkeiten, Nachrangigen Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital verringerte sich im Berichtsjahr von EUR 20,5 Mrd um 2,9 Prozent auf EUR 19,9 Mrd. Dies resultiert aus einem Abbau der Certificates of Deposits (CD's) um 45,9 Prozent auf EUR 1,6 Mrd in der Filiale New York.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** verringerten sich um 7,5 Prozent auf EUR 3,8 Mrd. Auch hier ist die Entwicklung – analog zur Aktivseite bei Sonstigen Vermögensgegenständen – auf das geringere Volumen bei Wertpapierleihegeschäften zurückzuführen.

Aufgrund von in 2006 im Zusammenhang mit dem Erwerb von Anteilen an der BCR sowie im Rahmen von Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen stattgefundenen Kapitalerhöhungen stieg das **Gezeichnete Kapital** um EUR 144,2 Mio bzw. 29,7 Prozent auf EUR 630,6 Mio.

Hinsichtlich der ergänzenden Offenlegungspflichten gemäß § 243a Unternehmensgesetzbuch (UGB) verweisen wir auf die entsprechenden Ausführungen im Anhang in Abschnitt III – Erläuterungen zur Bilanz.

Die **Kapitalrücklagen** erhöhten sich dabei – im Zusammenhang mit oben genannten Kapitalerhöhungen - um EUR 3,1 Mrd bzw. 207,7 Prozent auf EUR 4,6 Mrd.

Die gesamten anrechenbaren **Eigenmittel** der Erste Bank AG gemäß Bankwesengesetz (BWG) einschließlich des zur Deckung der Erfordernisse des Wertpapierhandelsbuches gemäß § 22b BWG und der offenen Devisenpositionen gemäß § 26 BWG anrechenbaren kurzfristigen nachrangigen Kapitals betragen per 31.12.2006 rund EUR 9,5 Mrd gegenüber rund EUR 5,5 Mrd im Vorjahr.

Das gesetzliche Mindestfordernis lag zum Bilanzstichtag bei rund EUR 3,3 Mrd, sodass sich ein Deckungsgrad von rd. 285 Prozent (Vorjahr: 209 Prozent) ergab.

Das **Kernkapital** der Erste Bank AG lag per 31.12.2006 bei EUR 6,8 Mrd (Vorjahr: EUR 3,3 Mrd), die **Kernkapitalquote** (Kernkapital in Prozent der risikogewichteten Aktiva gemäß § 22 Abs. 2 BWG) bei 18,3 Prozent (Vorjahr: 11,3 Prozent).

Die **Eigenmittelquote** (gesamte anrechenbare Eigenmittel abzüglich Erfordernisse für das Wertpapierhandelsbuch und die offene Devisenposition in Prozent der risikogewichteten Aktiva gemäß § 22 Abs. 2 BWG) betrug per 31.12.2006 rund 24,7 Prozent (Vorjahr: 18,0 Prozent) und lag damit weiterhin deutlich über der gesetzlichen Mindestquote von 8 Prozent.

Ergänzend ist anzumerken, dass die Erste Bank AG – so wie fast alle österreichischen Sparkassen - dem im Jahre 2001 geschaffenen und ab 1. Jänner 2002 wirksam gewordenen **Haftungsverbund der Sparkassengruppe** angehört.

Die Sparkassengruppe sieht sich dabei als Verbund selbständig agierender, regional verankerter Sparkassen, der durch einen effektiven Produktionsverbund, eine Vereinheitlichung des Marktauftritts und der Werbelinie, eine einheitliche Risikopolitik, ein abgestimmtes Liquiditätsmanagement sowie gemeinsame Standards im Controlling seine Marktstellung ausbauen will.

Darüber hinaus ist es Zweck dieses Verbundes,

- allfällige wirtschaftliche Probleme seiner Mitglieder möglichst früh erkennbar zu machen und den Mitgliedern bei der Bewältigung wirtschaftlicher Probleme effiziente Hilfe zukommen zu lassen, die von fachlicher Unterstützung bis zur Übernahme von Haftungen und Zufuhr von Fremd- oder Eigenmitteln reichen kann, sowie
- eine über die gesetzliche Einlagensicherung (§§ 93 ff BWG) hinausgehende Absicherung bestimmter Forderungen von Kunden durch die Begründung einer entsprechend ausgestalteten Einstandspflicht der teilnehmenden Sparkassen zu erreichen.

Die Abwicklung solcher Maßnahmen sowie die Analyse der wirtschaftlichen Situation jedes Mitgliedes des Haftungsverbundes ist der s Haftungs- und Kundenabsicherungs-GmbH übertragen, an welcher die teilnehmenden Sparkassen – bei Teilnahme aller Sparkassen - mit insgesamt max. 49 Prozent und die Erste Bank AG zumindest immer mit 51 Prozent beteiligt sind.

Die unter Berücksichtigung der BWG-Anforderungen zu erbringenden individuellen Leistungen der einzelnen Haftungsverbund-Mitglieder bestehen in Unterstützungsmaßnahmen für Verbund-Mitglieder (wie z.B. Gewährung von Liquiditätshilfen, Einräumung von Darlehen, Übernahme von Garantien, Zufuhr von Eigenkapital) und in der Erfüllung der abgesicherten Kundenforderungen im Falle des § 93 Abs. 3 Z 1 BWG eines Verbund-Mitgliedes. Das Ausmaß der individuellen Leistungen der einzelnen Verbund-Mitglieder in einem Anlassfall ist daher nicht bestimmbar, wobei auch jene Beträge, die die Verbund-Mitglieder im Rahmen der gesetzlichen Einlagensicherung nach den §§ 93 ff BWG zur Verfügung stellen, angerechnet werden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag und Ausblick

Im Jänner 2007 hat die Erste Bank einen Kaufvertrag über den Erwerb von 100 Prozent an **Diners Club Adriatic d.d., Croatia** (DCA), einer der führenden kroatischen Kreditkartengesellschaften, unterzeichnet. Der endgültige Kaufpreis wird sich vom Gewinn des Geschäftsjahres 2006 ableiten, wird jedoch EUR 153 Mio nicht übersteigen. Der endgültige Abschluss der Transaktion bedingt noch die Genehmigungen der Aufsichtsbehörden in Kroatien und Österreich.

Am 24. Jänner 2007 fand der Abschluss (Closing) zum Erwerb von 100 Prozent der **Bank Prestige, Ukraine** statt, für diese Transaktion war der Kaufvertrag im Dezember 2006 unterzeichnet worden.

Die Erste Bank AG wird im Geschäftsjahr 2007 bereits die Solvabilitätsregelungen nach **Basel II** anwenden. Dabei ist im Retail-Geschäft die Verwendung des fortgeschrittenen IRB (internal rating based) – Ansatzes und im Corporate-Geschäft, bei Souveränen und im Zwischenbankgeschäft der auf dem internen Rating basierende Basis-Ansatz vorgesehen. Ergänzend werden gemäß den gesetzlichen Übergangsregelungen einige Aktivkategorien auch nach dem Standardansatz einbezogen.

Insgesamt soll dadurch ein unverändertes bis leicht niedrigeres Erfordernis für die Eigenmittelunterlegung des Kreditrisikos erreicht werden.

Für das **Jahr 2007** erwartet die Erste Bank AG eine **Fortsetzung der positiven Geschäftsentwicklung**. Nach dem Erwerb der BCR im Jahre 2006 sind dabei ab nächstem Jahr insbesondere erhöhte Dividendenausschüttungen aus den zentraleuropäischen Tochtergesellschaften zu erwarten.

Auch die in Umsetzung befindlichen **Gruppensynergieprojekte** (gruppenweiter Einkauf, Verfeinerung der Controllingsysteme, Zentralisierung der EDV-Entwicklungen, lfd. Serviceverbesserungen für Kunden) sollten für die Erste Bank positive Ergebnisbeiträge in der Zukunft bringen.

Die Erste Bank-Gruppe hat sich als **Ziele** gesetzt, in der **Periode 2005 bis 2009** eine durchschnittliche Steigerung des Konzernüberschusses nach Steuern und Fremddanteilen von über 20 Prozent p.a. zu erreichen. Für das Jahr 2007 wurde der Zielwert unter Einbeziehung der BCR auf mindestens 25 Prozent angesetzt.

Die Zielgröße für die Kosten/Ertragsrelation im Jahr 2009 liegt bei unter 55 Prozent. Auf Grund der starken Ausweitung des Eigenkapitals im Zuge der im Jahre 2006 durchgeführten Kapitalerhöhungen ist die Eigenkapitalverzinsung im Berichtsjahr erwartungsgemäß abgesunken. Sie wird aber in den Folgejahren wieder ansteigen und im Jahre 2009 bei 18 bis 20 Prozent liegen.

Erläuterung der Finanzrisiken in der Erste Bank sowie Ziele und Methoden im Risikomanagement

Als Unternehmen der Finanzbranche unterliegt die Erste Bank insbesondere folgenden **Risiken**:

- a.) **Marktrisiken:** diese betreffen Währungsrisiken in Form von Wertänderungen durch Wechselkursschwankungen, zinsbedingte Risiken infolge von Zinssatzschwankungen, durch welche es insbesondere zu Schwankungen künftiger Cash flows kommen kann, sowie Preisrisiken durch Marktpreisänderungen.
- b.) **Ausfallsrisiko:** das Ausfallsrisiko oder Kreditrisiko besteht darin, dass der Vertragspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann.
- c.) **Liquiditätsrisiko:** dieses besteht darin, dass die Mittel zur Begleichung der eigenen Verpflichtungen fehlen.
- d.) **Operationales Risiko:** darunter versteht man das Risiko von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten.

Risikomanagementziele und Methoden:

Die Erste Bank-Gruppe verfolgt eine Risikopolitik, die sich an der Optimierung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Risiko und Return orientiert, um eine anhaltend hohe Eigenkapitalverzinsung zu erwirtschaften. Die Risikomanagement-Strategie der Erste Bank-Gruppe ist geprägt von einem konservativen Umgang mit den bankbetrieblichen Risiken, der sich zum einen an den Anforderungen, die sich aus einem kundenorientierten Bankbetrieb ergeben und zum anderen an den gesetzlichen Rahmenbedingungen orientiert.

Dieser Risikomanagement-Strategie folgend ist in der Erste Bank-Gruppe ein konzernweites System zur Risikoüberwachung und –steuerung implementiert, dessen Zielsetzung es ist, sämtliche Risiken konzernweit zu identifizieren, auf Basis "Value – at Risk" (VaR) zu messen und eine aktive Steuerung durch das Management zu ermöglichen. Im Jahre 2006 hat sich die Erste Bank einer Prüfung durch die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) unterzogen und wurde für alle Portfolios hinsichtlich des IRB-Ansatzes positiv beurteilt und ist daher ab Zustellung und in Kraft Treten des Bescheids berechtigt, alle Portfolios im IRB-Ansatz zu berechnen.

Zur Risikomessung werden in der Erste Bank im Rahmen des ALCO-Prozesses folgende Methoden eingesetzt: Festzinsbilanzen, Zinsbindungsbilanzen, Kapitalablaufbilanzen, Gap-Analysen, Barwertänderungen, Nettozinsertagssimulationen, Monte Carlo Simulationen des Nettozinsertages und Value-at-Risk.

Im Risikocontrolling wird das Marktrisiko mittels Historischer Simulation, das Kredit- und das operationale Risiko mit Hilfe der Monte Carlo Simulation berechnet. Die Risikobegrenzung erfolgt in Abhängigkeit von Produkten entweder auf Basis von Nominal- Sensitivitäts- oder Value-at-Risk Limiten.

Zur Sicherstellung des wichtigsten Ziels einer Gesamtbankrisikosteuerung, nämlich dem Weiterbestand des Institutes, wird quartalsweise eine Risikotragfähigkeitsrechnung erstellt und im Gesamtvorstand berichtet.

Hedging wird vor allem zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eigener Emissionen, der Wertpapierveranlagung, der Bilanzstruktur, Fremdwährungsrisiken vergebener Kredite sowie für Wertpapiere, Kursrisiken von Aktien, Absicherung von Dividendenerträgen und Partnerrisiko angewandt.

Organisation des Risikomanagement:

Die zentrale Verantwortung für das Risikomanagement liegt beim Gesamtvorstand, wobei auf Vorstandsebene für das effektive Management von Risiken der Verantwortungsbereich des **Chief Risk Officer (CRO)** eingerichtet wurde. Diesem unterstehen das "Strategic Risk Management" (unterstützt die Umsetzung der Risikomanagement-Strategie sowie die Harmonisierung der

Risikomanagement-Anwendungen in den Geschäftseinheiten), das "Credit Risk Management Austria", "Credit Risk Management International" und "Credit Restructuring".

Innerhalb des Strategischen Risikomanagements übt die Abteilung "**Group Risk Control**" die Funktion der im Bankwesengesetz geforderten zentralen und unabhängigen Risikokontrolleinheit aus und erstellt konzernweite Richtlinien für risikomanagementrelevante Prozesse (Erste Bank Risk Rulebook).

Ermittlung und Management der bestehenden Risiken:

Der Risikocontrollingprozess besteht in der Erste Bank aus 5 Teilschritten: der Risikoidentifizierung, der Risikomessung, der Risikoaggregation, der Risikolimitierung und dem Risikoreporting.

Das Kreditrisiko als mit Abstand wichtigste Risikokategorie wird dabei im Rahmen eines Portfoliomodells auf Basis Credit Value – at Risk für das gesamte Kreditgeschäft der Erste Bank AG ermittelt.

Das Rating der Kreditengagements erfolgt auf Basis eines in der Erste Bank-Gruppe angewendeten Bonitätsklassensystems. Seit dem Jahre 2005 ist ein neues Standardrisikokostenmodell unter Verwendung der internen Ausfalls- und Übergangswahrscheinlichkeiten in der Deckungsbeitragsrechnung der Erste Bank AG implementiert und damit die operative Anwendung der Basel II Bestimmungen im Kreditpricing vorweggenommen.

Die Risikoklassen mit einem erhöhten Ausfallsrisiko machen einen geringen Anteil am gesamten Risikovolumen aus. Bilanzielle Vorsorgen werden für Einzelfälle unter Berücksichtigung der Sicherheiten und der Bonität der Kreditnehmer festgelegt, für Privatkunden und Kleinkommerzkunden erfolgt die Berechnung auf pauschaler Basis. Hinsichtlich der unbesicherten Anteile bestehen entsprechend dem Risikogehalt ausreichende Vorsorgen.

Fremdwährungsrisiken bestehen in geringem Umfang und werden durch währungskonforme Refinanzierung oder Verwendung von Absicherungsinstrumenten weitgehend ausgeschaltet.

Die Refinanzierungsstruktur der Erste Bank zeigt in den wichtigsten Währung keine erhöhten Risiken. Lediglich in der Währung CHF werden die Kundenaktiva überwiegend kurzfristig refinanziert.

Hinsichtlich der eingegangenen Aktien- und Indexpositionen bestehen die Kursrisiken hauptsächlich auf den wichtigsten europäischen (einschließlich Österreich) und amerikanischen Märkten, sowie auf dem japanischen Markt, die sich durch hohe Liquidität auszeichnen. Die Wertpapierveranlagung erfolgt vor allem in liquiden Märkten.

Das Barwertrisiko kann als gering bezeichnet werden.

Corporate Social Responsibility

Auch 2006 bewegte sich die Erste Bank erfolgreich im Spannungsfeld der Anspruchsgruppen. Gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln, ein seit der Gründung der Bank im Jahr 1819 fest verankerter Grundsatz, blieb auch weiterhin integraler Bestandteil der Unternehmensphilosophie.

Wie stark dieser Grundsatz verwurzelt ist, zeigte sich bei der Verleihung des CSR-AUSTRIA-AWARDS, der vom Center For Corporate Citizenship gemeinsam mit dem Bundesministerium für soziale Sicherheit verliehen wurde. Die Erste Bank erreichte den ersten Platz im Ranking der 100 größten Unternehmen Österreichs und bewies damit einmal mehr ihre nationale Führerschaft auch bei gelebter gesellschaftlicher Verantwortung.

Update – CSR-Programm

Wie schon 2005 begonnen, ist es auch weiterhin das Ziel der CSR-Berichterstattung, die sehr hohe Transparenz in Sachen Ökonomie auch langsam auf die Bereiche Ökologie und Soziales ausdehnen, um so den Fortschritt im Bereich CSR zu dokumentieren. Der im Geschäftsbericht 2005 dargestellte Aktionsplan ist als Mehrjahresplan zu verstehen. Mit einigen Aktivitäten wurde bereits 2006 begonnen, z.B.:

- Verstärkte Kooperation mit Schulen
- Umfrage zur Kundenzufriedenheit (erstmalig veröffentlicht)
- Umweltauditierung (mit den Kennzahlen 2005, die den größten Teil der Erste Bank AG erfassen). Sie werden in den folgenden Kapiteln präsentiert.
- Die ebenfalls für 2006 geplante konzernweite Umfrage zur Mitarbeiterzufriedenheit wurde auf Herbst 2007 verschoben, um die Auswirkungen der geplanten Änderung der Gruppenstruktur zu berücksichtigen.

Die restlichen Aktivitäten sind Teil dieses Mehrjahresplans, der in den nächsten Jahren die Basis für den CSR-Entwicklungsprozess der Erste Bank bilden wird.

Kunden

Kundenzufriedenheit ist einer der entscheidenden Erfolgsfaktoren für die Erste Bank. In engem Zusammenhang damit stehen die Entwicklung relevanter Produkte, die laufende Unterstützung bei der finanziellen Lebensplanung, sowie die gezielte Aufklärung im Umgang mit Geld.

Die Arbeit mit Jugendlichen stand auch 2006 wieder im Vordergrund. Neben der Rolle als Aufklärer und Unterstützer beim Einstieg ins Geldleben wurde auch ein passendes Produktangebot entwickelt. So wurde zwar ein kostenloses Zahlungsverkehrskonto angeboten, allerdings ohne Überziehungsmöglichkeit, damit Jugendliche nicht mehr Geld ausgeben als ihnen tatsächlich am Konto zur Verfügung steht. Außerdem wurde ein Pilotprojekt lanciert, bei dem Jugendliche eine Woche in die Bank eingeladen wurden, um ein gemeinsames Jugendkonzept zu erarbeiten. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt bilden die Basis für die geplante weitere Kooperation mit Schulen, in der die Anliegen der Jugend nicht als Kunden sondern als Menschen weiterverfolgt bzw. ausgebaut werden sollen.

Im Bereich Kommerzkunden wurde im letzten Jahr die fokussierte Unterstützung von Gründern fortgesetzt. Die Finanzierung von Jungunternehmern, vor allem in einer von Klein- und Mittelbetrieben geprägten Volkswirtschaft, bedeutet die aktive Übernahme sozialer Verantwortung. Konkrete Maßnahmen reichten von Beratungs- und Weiterbildungsangeboten im Rahmen der GO-Gründerakademie bis hin zu Businessplan-Wettbewerben.

Auch im Privatkundengeschäft wurde bei der Produktentwicklung auf hohen Kundennutzen geachtet. Der Schwerpunkt lag beim weiteren Ausbau der Vorsorge-Produktpalette. Neben der Mitarbeit bei Informationsveranstaltungen zu diesem Thema gemeinsam mit dem „Österreichischen Hilfswerk“ wurde auch das Fonds-Produktangebot um ethische Fonds erweitert. Besonders innovativ ist die

Zusammenarbeit mit dem World Wildlife Fund (WWF) beim ESPA WWF STOCK UMWELT-Fonds, der nur in Unternehmen investiert, die ausschließlich oder überwiegend im Umweltbereich tätig sind. Ein Teil der Einnahmen aus diesem Fonds kommt dem Wasserschutzprogramm des WWF in Österreich zugute. Die Erträge des Kunden werden nicht geschmälert, da die ERSTE-SPARINVEST auf einen Teil ihrer Einnahmen zugunsten der Natur verzichtet. Das Gesamtvolumen an ethischer Veranlagung konnte 2006 deutlich erhöht werden.

Außerdem unterstützt die Erste Bank den Vertrieb eines Microfinance-Fonds und erarbeitet Möglichkeiten, um dieses Anlageprodukt 2007 auch seinen ethisch orientierten Privatkunden anbieten zu können.

Alles in allem führten diese gezielten Maßnahmen, vor allem aber auch die konstant hohe Qualität in der regulären Kundenbetreuung gemäß einer Mitte 2006 zum zweiten Mal österreichweit durchgeführten Studie zu steigenden Zufriedenheitswerten in allen Kategorien. Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf den Antworten von rund 15.000 Privatkunden. Die Globalzufriedenheit verbesserte sich von 53% im Jahr 2003 auf 55% im Jahr 2006.

Regelmäßige Kundenzufriedenheitsumfragen finden auch bei den Töchtern in Zentral- und Osteuropa statt und stellen dort einen wichtigen Bestandteil bei der Mitarbeitermotivation und – entlohnung dar.

ZIVILGesellschaft

Die Erste Bank leistete auch im Jahr 2006 einen substantiellen Beitrag zur Entwicklung der Zivilgesellschaft, unter anderem durch die Förderung sozial benachteiligter Gruppen, sowie durch eine Vielzahl von Initiativen im Bereich Bildung, Kunst und Sport. Die meisten dieser Initiativen hatten einen starken Zentral- und Osteuropabezug und förderten somit das Verständnis und die Integration zwischen den Kulturen und Ländern, in welchen die Erste Bank tätig ist.

„Kontakt. Das Programm für Kunst und Zivilgesellschaft der Erste Bank-Gruppe“ bildet bereits seit 2004 den Rahmen für alle sozialen und kulturellen Initiativen und Aktivitäten. Unter diesem Dach werden jedes Jahr Projekte lanciert mit dem Ziel, die Menschen der Region Zentral- und Osteuropa zusammen zu bringen und gemeinsam an neuen Ideen und Perspektiven zu arbeiten.

Der wichtigste Eckpfeiler im sozialen Bereich war auch 2006 wieder die Fortführung der langjährigen Partnerschaft mit der Caritas, mit dem Ziel, die Härten des wirtschaftlichen Transformationsprozesses in Zentral- und Osteuropa vor allem für die Kinder der Region abzufedern. Aber auch in Österreich hatte die Armutsbekämpfung oberste Priorität. Als Erfolge des Jahres 2006 konnte die Umsetzung der folgenden Projekte verbucht werden:

- Etablierung eines heilpädagogischen Kindergartens und einer sonderpädagogischen Schulklasse in Rumänien. Damit erhalten 21 Kinder zum ersten Mal behindertengerechte Unterstützung und Betreuung.
- Unterstützung der Aktion Menschen in Not in Österreich, mit dem Ziel das Schicksal von knapp einer halben Million armutsgefährdeter Menschen zu lindern!
- Unterstützung der Jugendplattform „youngCaritas.at“; diese macht die Arbeit der Caritas für junge Menschen erlebbar und ermöglicht konkrete Erfahrungen mit sozialer Arbeit.

In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung der „Die Zweite Wiener Vereins-Sparcasse“ durch „Die erste österreichische Spar-Casse Privatstiftung“ zu sehen, die Menschen, die aus verschiedensten Gründen kein reguläres Konto mehr bekommen, Zugang zu einfachen Finanzdienstleistungen ermöglicht, mit dem Ziel, den Betroffenen durch ein Konto ohne Überziehungsmöglichkeit den Weg zurück in eine geordnete Existenz zu ermöglichen. Diese Zweite Sparcasse wurde von Mitarbeitern und Experten der Erste Bank im Auftrag der Stiftung entwickelt und wird in Kooperation mit Schuldnerberatungen und Caritas durch ehrenamtlich tätige Mitarbeiter der Erste Bank betrieben.

Im Bereich Kunst wurden, wie auch schon in den vergangenen Jahren, eine Reihe von Kunstprojekten unterstützt, u.a.:

- VIENNAFAIR, die einzige Messe für zeitgenössische Kunst aus Zentral- und Osteuropa. Es konnte eine rege Beteiligung von 12 Galerien aus der Region erzielt werden.
- Das regional angelegte Vienna Mozart Music Film Festival. An der Veranstaltung beteiligten sich die Städte Brünn, Belgrad, Bukarest, Prag, Zagreb und Bratislava.
- Partnerschaft mit der Secession. Durch die Zusammenarbeit werden sowohl Veranstaltungen und Publikationen ermöglicht, als auch durch Führungen den Mitarbeitern der Erste Bank Kunst näher gebracht.
- Kontakt. Etablierung einer anspruchsvollen Sammlung zeitgenössischer Kunst aus Zentral- und Osteuropa. 2006 wurde diese Sammlung zum ersten Mal in Wien und Bratislava präsentiert.

Im Bereich Bildung, Wissenschaft und Sport förderte die Erste Bank auch 2006 wieder die Forschungstätigkeit von Ärzten mit einem mit EUR 7.500 dotierten Forschungsförderungspreis. Des Weiteren wurde in Rumänien gemeinsam mit der Wirtschaftsuniversität Wien und OMV ein Executive MBA Programm etabliert. Auch 2006 wurden wieder Stipendien vergeben, u.a. mit der Tageszeitung „Die Presse“ ein Studienplatz für das Postgraduate-Studium „Internationales Steuerrecht“. Die Sportsponsoringaktivitäten fokussierten sich auch 2006 auf die Schülerligen im Fußball und Volleyball, sowie auf die Rolle als Hauptsponsor der Eishockeyliga.

Mitarbeiter

Die Erste Bank ist einer der größten Arbeitgeber in Zentral- und Osteuropa. Durch die weitere Expansion, vor allem nach Rumänien, erhöhte sich die Mitarbeiterzahl in 2006 rund um ein Drittel. Rund 70% der Mitarbeiter arbeiteten Ende 2006 außerhalb Österreichs mit besonderen Schwerpunkten in Tschechien und Rumänien.

Lebensalterstruktur (per Ende 2006)

	in %
über 51 Jahre	23
41 - 50 Jahre	30
31 - 40 Jahre	31
21 - 30 Jahre	14
unter 20 Jahren	2

sonstige Kennzahlen

	2006	2005	2004
Fluktuation	4.8%	4.5%	4.6%
Krankheitstage/Jahr	7.9	8.2	8.0
Schulungstage/Jahr	2.6	2.6	2.8
Frauenanteil an Führungspositionen	23.1%	24.3%	23.0%
Anteil an Teilzeitmitarbeitern	22.8%	23.4%	23.9%
Frauenanteil an Teilzeitmitarbeitern	86.4%	86.8%	85.8%

Personalstrategie

Die Einbeziehung der Mitarbeiter ist ein wesentlicher Bestandteil der Unternehmenskultur der Erste Bank. Dies manifestiert sich in umfangreichen, regelmäßig durchgeführten Mitarbeiterumfragen, deren Ergebnisse von externen Beratern analysiert und vom Management bei seinen Entscheidungen berücksichtigt werden. Die letzte Umfrage erfolgte im ersten Halbjahr 2003. Auch in

den Tochtergesellschaften in Zentral- und Osteuropa werden mittlerweile Mitarbeiterumfragen abgehalten. Es ist geplant, im Herbst 2007 eine neuerliche Mitarbeiterumfrage in enger Zusammenarbeit mit dem europäischen Betriebsrat durchzuführen, die erstmals die gesamte Gruppe umfassen wird.

Die Wertschätzung der Erste Bank gegenüber ihren Mitarbeitern ist in der Anfang 2004 unterzeichneten Mitarbeiter-Charta festgehalten. Die Charta dokumentiert die Mitarbeiter orientierten Werthaltungen sowie die Ziele von Management und Mitarbeitern. Darüber hinaus soll das gemeinsame Gestalten in der Erste Bank in den Vordergrund gestellt werden, um mit den sich wandelnden Marktbedingungen Schritt zu halten. Im Jahr 2006 wurde mit der Evaluierung dieser Mitarbeiter-Charta begonnen; die Ergebnisse werden wir 2007 berichten.

Bei den konkreten, strategischen Maßnahmen des Jahres 2006 stand weiterhin die Anpassung an die zukünftig erwarteten demografischen Veränderungen im Konzern im Mittelpunkt. Das Projekt LIFETIME bündelt in diesem Bereich, vor allem vor dem Hintergrund einer zunehmend älteren Belegschaft, die Aktivitäten, mit dem Ziel, allen Generationen altersadäquate Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

Weitere strategische Schwerpunkte des Jahres 2006 waren der Abschluss des Top Executive Development (TED) Programms und die sehr erfolgreiche Fortführung der Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenserfolg.

Erfolge bei LIFETIME

Auf dem Weg zum 3-Generationen-Unternehmen wurden vor allem in den Bereichen Gesundheit, Unternehmens- und Führungskultur, Ausbildung sowie „Junge Mitarbeiter“ Fortschritte gemacht. Die wichtigsten, im Jahr 2006 umgesetzten Maßnahmen im Projekt LIFETIME inkludieren:

- Angebot von EDV-Nachschulungen für die Zielgruppe 50+.
- Einführung eines neuen Gleitpensionsmodells.
- Sensibilisierung der Führungskräfte für Alkohol-, Mobbing und Burn-Out-Probleme
- Intensivere Schulbetreuung, um attraktiver für junge Mitarbeiter zu sein.
- Intensivierung der Persönlichkeitsentwicklung

Top Executive Development (TED)-Programm

Die Förderung von Nachwuchsführungskräften steht im Mittelpunkt des TED-Programms. In periodischen Abständen werden aus allen Managern der Gruppe jene ausgewählt, die für Top-Management Aufgaben geeignet erscheinen, und die besonders gefördert werden sollen. Innerhalb von 12-14 Monaten absolvieren die Teilnehmer 5-6 Module zu jeweils 3-5 Tagen. Bei diesen erfolgt die Entwicklung und Ausweitung der Management- und Leadershipfähigkeiten sowie die grenzüberschreitende und bereichsübergreifende Aufbau von Netzwerken.

Die erste Gruppe von 21 jungen Managern aus 5 Ländern hat im Jahr 2006 das Programm abgeschlossen. In Zukunft wird das TED-Programm als Prototyp für weitere Programme dieser Art dienen.

Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenserfolg

Die Beteiligung der Mitarbeiter erfolgt auf drei Ebenen: über das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm, das den Mitarbeitern der Erste Bank jedes Jahr den begünstigten Erwerb von Erste Bank-Aktien ermöglicht, das Management-Options-Programm, welches dem Management und Leistungsträgern zusätzliche Leistungsanreize bieten soll und einer jährlichen Erfolgsbeteiligung für alle Mitarbeiter, ausgenommen Top-Management der Gruppe und der Töchter, zusätzlich zum Grundgehalt und zum individuellen, leistungsabhängigen Bonus.

Diese dritte Säule des Gehaltssystems der Erste Bank wird weiter forciert, um die Wichtigkeit des Beitrages jedes einzelnen Mitarbeiters zum Erfolg der Gruppe zu unterstreichen. Dieser Erfolg kommt somit allen Mitarbeitern zugute. Diese in Zentral- und Osteuropa einzigartige Mitarbeiterbeteiligung erzielt einen fairen Interessensausgleich zwischen Aktionären und Mitarbeitern.

Corporate Volunteering

Seit Anfang 2006 engagiert sich die Erste Bank im Projekt "Vernetzte Welten". Derzeit laufen 3 Projekte, die von NGO's mit der Unterstützung der Erste Bank betrieben werden.

Die Erste Bank leistet ihren Beitrag dadurch, dass sie den auf die Projektdauer (3-6 Monate) entfallenden Personalaufwand für maximal 6 Mitarbeiter nicht an die NGO's weiterverrechnet - es handelt sich also um eine so genannte "lebende Subvention". Die beteiligten NGO-Partnerorganisationen (Caritas, Rotes Kreuz, SOS-Kinderdorf und andere) bieten den Mitarbeitern der Erste Bank die Chance, zeitlich befristete Verantwortung für das Management von innovativen Projekten in NGO's zu übernehmen.

Dadurch wird es den Mitarbeitern möglich, Einblick und Verständnis für die Anliegen und Arbeit von sozialen Organisationen zu bekommen, neuartige Projektmanagement-Erfahrungen zu sammeln, das Lernen voneinander zu verstärken, inhaltliche und persönliche Brücken zu bauen und aktive soziale Verantwortung zu übernehmen und so ihre soziale Kompetenz weiterzuentwickeln.

Aktionäre

Der Schwerpunkt der Investor Relations (IR)-Tätigkeit lag auch 2006 wieder auf der Verbreiterung der Investorenbasis und der weiteren Bekanntmachung der Equity Story der Erste Bank. Highlights des Jahres waren jeweils zwei zweiwöchige Roadshows und der 4. Internationale Kapitalmarkttag.

Im Jänner 2006 besuchte das Management im Zuge der sehr erfolgreichen Kapitalerhöhung für die Akquisition der Banca Commerciale Romana (BCR) – es wurden 64.848.960 neue Aktien zu einem Ausgabekurs von EUR 45,00 emittiert – Investoren in den USA und Europa. Im November wurden im Zuge der regulären Herbstroadshow die USA, Europa und die Golfregion bereist. Im Schnitt wurden bei diesen Veranstaltungen 78 Termine in 16 Städten absolviert.

Am 9. Oktober 2006 fand der 4. internationale Kapitalmarkttag der Erste Bank in Bukarest statt. Unter Rekordbeteiligung von mehr als 70 anwesenden institutionellen Investoren und Analysten informierte das Management ausführlich über das Schwerpunktthema „Banca Commerciale Romania (BCR)“. Weitere Programmpunkte waren Updates der Entwicklungen und Aussichten in den Märkten der Erste Bank sowie der Fortschritt des Effizienzsteigerungsprogrammes „New Group Architecture“. Reges Interesse verzeichnete auch die Live-Übertragung des Kapitalmarkttags im Internet mit 820 Zugriffen am Tag der Veranstaltung.

Auch im abgelaufenen Jahr konnte das Management auf Einladung großer internationaler Investmenthäuser, wie HSBC, Société Générale, UBS, Citigroup, Goldman Sachs, Morgan Stanley, ING oder Merrill Lynch im Rahmen von zahlreichen Bankenkonzerten eine Vielzahl von Investorenterminen wahrnehmen. Ebenso wurden anlässlich der von der Wiener Börse gemeinsam mit der Erste Bank und anderen europäischen Banken veranstalteten Roadshows in London, Edinburgh, Genf und Stockholm, neben der Präsentation der Strategie und Ausrichtung des Erste Bank-Konzerns vor internationalen Investoren, auch zahlreiche Einzelgespräche geführt.

Bereits zum siebenten Mal in Folge veranstaltete die Erste Bank am 18. April 2006 einen Internet-Chat, bei dem Retailinvestoren und Interessenten die Möglichkeit hatten, direkt mit dem Vorsitzenden des Vorstandes, Mag. Andreas Treichl, zu kommunizieren.

Auch im abgelaufenen Jahr wurde das rege Interesse an der Erste Bank-Aktie durch die Neuaufnahme der Analyse durch einige Investmenthäuser dokumentiert. Im Jahr 2006 publizierten insgesamt 24 Brokerhäuser Analysen zur Erste Bank.

Umwelt

Wesentliche Fortschritte wurden auch im Bereich Umwelt erzielt. In Österreich nahm die Erste Bank am Ökoprotect Projekt 2006 teil. Im Rahmen dieses Projektes wurden relevante Umweltdaten für 2005 erhoben, Umweltmaßnahmen für 2006 umgesetzt und bewertet sowie für 2007 und 2008 geplant.

Zu den im Jahr 2006 implementierten Umweltmaßnahmen zählen die Einführung von Umweltcontrolling-Werkzeugen, die Etablierung eines neuen energieschonenden Beleuchtungskonzepts und die Planung einer Kampagne zur Optimierung der Abfallwirtschaft (Reduktion des Restmülls um 50%).

Für die Jahre 2007 und 2008 ist die Umsetzung der Kampagne zur Optimierung der Abfallwirtschaft geplant, die Umsetzung eines neuen umweltfreundlichen Druckerkonzepts und die Beurteilung der Gesamtenergieeffizienz in den 2006 auditierten zentralen Gebäuden. Eine Umweltauditierung und –zertifizierung ist angedacht, aber noch nicht beschlossen

Ebenfalls im Zuge des Projekts wurde eine Umweltpolitik entworfen, die sich derzeit im Abstimmungsprozess mit dem Vorstand befindet. Weiters wurde eine Rechtsdatenbank mit einem Umweltrechtsregister sowie ein Abfallrechtsregister angelegt.

Die Erfolge bzw. Erfahrungen aus diesen Maßnahmen werden regelmäßig an die CEE-Töchter kommuniziert, mit dem Ziel, Bewusstsein für das Thema Umwelt zu generieren und sie in der Folge zu ähnlichen Projekten anzuregen. Außerdem werden zukünftige Maßnahmen nach den Grundlagen der europäischen Normen und Richtlinien geplant bzw. auf deren möglichen Einsatz auch in den Nicht- EU Ländern hingewiesen.

Gruppenweites Beschaffungswesen

Die Procurement Services Company (s-proserv) wurde als neue zentralisierte Gruppeneinheit für Aktivitäten im Bereich Procurement und Facility Management gegründet und hat seine Aktivitäten mit 1.1.2007 aufgenommen. Neben höchster Servicequalität und optimaler Kostennutzung wird es möglich sein, ein gruppenweites supply-chain-management aufzubauen, an dessen ethischen Richtlinien bereits gearbeitet wird.

Wien, 6. März 2007

Der Vorstand

Mag. Andreas Treichl
Generaldirektor

Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren
Generaldirektor Stv

Mag. Reinhard Ortner
Vorstandsdirektor

Mag. Dr. Franz Hochstrasser
Vorstandsdirektor

Erwin Erasim
Vorstandsdirektor

Mag. Bernhard Spalt
Vorstandsdirektor

Bilanz zum 31. Dezember 2006

Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG

Aktiva

	€	€	Tsd € Vorjahr	Tsd € Vorjahr
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern		1,150,940,893.69		778,066
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind:				
a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken	5,428,645,409.11		5,985,089	
b) zugelassene Wechsel	0.00	5,428,645,409.11	0	5,985,089
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	393,377,431.25		418,188	
b) sonstige Forderungen	25,979,132,687.05	26,372,510,118.30	23,460,313	23,878,501
4. Forderungen an Kunden		25,470,527,703.91		23,400,348
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) von öffentlichen Emittenten	1,131,403,811.65		1,137,205	
b) von anderen Emittenten darunter: eigene Schuldverschreibungen	8,388,850,203.15	9,520,254,014.80	7,567,771	8,704,976
	84,118,691.55		82,379	
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1,794,695,135.60		1,649,184
7. Beteiligungen		653,614,209.73		536,529
darunter: an Kreditinstituten	449,032,583.09		442,497	
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		8,424,137,423.56		4,027,492
darunter: an Kreditinstituten	7,517,451,761.38		3,227,080	
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		75,021,277.88		88,814
10. Sachanlagen		86,844,343.25		97,462
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden	42,769,929.73		46,088	
11. Eigene Aktien oder Anteile sowie Anteile an einer herrschenden oder an mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft		44,053,221.10		1,995
darunter: Nennwert	1,516,462.00		85	
12. Sonstige Vermögensgegenstände		4,517,715,246.34		4,894,359
13. Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist		0.00		0
14. Rechnungsabgrenzungsposten		153,414,689.04		122,933
Summe der Aktiva		83,692,373,686.31		74,165,748
Posten unter der Bilanz				
1. Auslandsaktiva		49,470,703,337.39		39,202,855

Bilanz zum 31. Dezember 2006

Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG

Passiva

	€	€	Tsd € Vorjahr	Tsd € Vorjahr
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig	1,084,492,091.04		2,087,277	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	33,333,778,508.39	34,418,270,599.43	29,449,462	31,536,739
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen	7,646,438,617.10		5,583,730	
darunter:				
aa) täglich fällig	1,937,005,732.44		417,104	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5,709,432,884.66		5,166,626	
sonstige				
b) Verbindlichkeiten	10,055,085,269.00		8,230,369	
darunter:				
aa) täglich fällig	5,206,164,008.62		5,659,585	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	4,848,921,260.38	17,701,523,886.10	2,570,784	13,814,099
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen	11,033,699,717.92		10,827,410	
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten	4,676,187,665.83	15,709,887,383.75	6,296,881	17,124,291
4. Sonstige Verbindlichkeiten		3,822,787,002.10		4,134,036
5. Rechnungsabgrenzungsposten		105,866,095.91		122,894
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Abfertigungen	115,278,756.00		103,532	
b) Rückstellungen für Pensionen	357,024,443.00		290,938	
c) Steuerrückstellungen	5,307,642.43		8,001	
d) sonstige	179,885,810.73	657,496,652.16	161,070	563,541
6.A Fonds für allgemeine Bankrisiken		0.00		0
7. Nachrangige Verbindlichkeiten		1,727,835,231.34		1,255,996
8. Ergänzungskapital		2,471,078,220.04		2,125,137
9. Gezeichnetes Kapital		630,592,370.00		486,367
10. Kapitalrücklagen				
a) gebundene	4,589,686,000.00		1,491,446	
b) nicht gebundene	0.00		0	
c) Rücklage für eigene Aktien	0.00	4,589,686,000.00	0	1,491,446
11. Gewinnrücklagen				
a) gesetzliche Rücklage	34,156,000.00		34,156	
b) satzungsmäßige Rücklagen	0.00		0	
c) andere Rücklagen	706,291,000.00		559,691	
d) Rücklage für eigene Aktien	44,054,000.00	784,501,000.00	1,995	595,842
Übertrag		82,619,524,440.83		73,250,388

Bilanz zum 31. Dezember 2006

Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG

Passiva

	€	€	Tsd € Vorjahr	Tsd € Vorjahr
Übertrag		82,619,524,440.83		73,250,388
12. Haftrücklage gemäß § 23 Abs. 6 BWG		854,000,000.00		767,000
13. Bilanzgewinn		205,035,245.48		133,917
14. Unversteuerte Rücklagen				
a) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen sonstige unversteuerte Rücklagen	13,814,000.00		14,443	
b) Rücklagen	0.00	13,814,000.00	0	14,443
darunter:				
aa) Investitionsrücklage gemäß § 9 EStG 1988	0.00		0	
bb) Investitionsfreibetrag gemäß § 10 EStG 1988	0.00		0	
cc) Mietzinsrücklage gemäß § 11 EStG 1988	0.00		0	
dd) Übertragungsrücklage gemäß § 12 EStG 1988	0.00		0	
Summe der Passiva		83,692,373,686.31		74,165,748

Posten unter der Bilanz

1. Eventualverbindlichkeiten		8,843,939,366.60		7,108,374
darunter:				
a) Akzepte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	0.00		0	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten		8,843,939,366.60	7,108,374	
2. Kreditrisiken		8,798,256,574.85		8,354,165
darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	0.00		0	
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften		308,605,018.76		230,486
4. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23		9,490,652,832.61		5,515,528
darunter: Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z 7	181,539,548.18		204,394	
5. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs.1		3,331,706,586.39		2,636,451
darunter: erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 und 4	2,956,055,586.39		2,315,326	
6. Auslandspassiva		35,492,510,005.74		33,434,144

Gewinn- und Verlustrechnung 2006

Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG

	€	€	Tsd € Vorjahr	Tsd € Vorjahr
1. Zinsen und ähnliche Erträge		2,728,470,391.71		2,189,498
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	844,184,077.15		693,017	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2,275,832,969.23		1,799,569
I. NETTOZINSERTRAG		452,637,422.48		389,929
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen				
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	31,699,618.02		32,652	
b) Erträge aus Beteiligungen	24,297,955.58		19,971	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	386,837,653.16	442,835,226.76	408,563	461,186
4. Provisionserträge		449,774,033.71		398,850
5. Provisionsaufwendungen		155,387,971.98		101,915
6. Erträge aus Finanzgeschäften		109,568,440.19		103,207
7. Sonstige betriebliche Erträge		5,518,611.32		14,870
II. BETRIEBSERTRÄGE		1,304,945,762.48		1,266,127
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		667,731,704.35		597,718
a) Personalaufwand	442,282,159.81		382,630	
darunter:				
aa) Löhne und Gehälter	268,064,468.80		248,388	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	65,456,735.74		62,948	
cc) sonstiger Sozialaufwand	4,114,399.52		3,715	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	53,796,904.62		48,491	
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	30,074,494.00		1,803	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	20,775,157.13		17,285	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	225,449,544.54		215,088	
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände		51,782,374.89		57,947
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		11,256,781.60		4,911
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		730,770,860.84		660,576
IV. BETRIEBSERGEBNIS		574,174,901.64		605,551

	€	Tsd € Vorjahr
Übertrag (IV. Betriebsergebnis)	574,174,901.64	605,551
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	250,348,260.78	273,649
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	201,889,846.63	119,560
13. Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	32,071,010.89	61,082
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	8,593,526.97	42,207
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	502,239,003.57	432,587
15. Außerordentliche Erträge	0.00	0
darunter: Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0.00	0
16. Außerordentliche Aufwendungen	11,757,763.11	11,758
darunter: Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0.00	0
17. Außerordentliches Ergebnis (Zwischensumme aus Posten 15 und 16)	- 11,757,763.11	- 11,758
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 19,757,492.99	- 2,468
19. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 18 auszuweisen	30,338,185.82	1,068
VI. JAHRESÜBERSCHUSS	479,900,547.63	422,229
20. Rücklagenbewegung	275,031,390.52	288,752
darunter: Dotierung der Haftrücklage	87,000,000.00	136,296
Auflösung der Haftrücklage	0.00	0
VII. JAHRESGEWINN	204,869,157.11	133,477
21. Gewinnvortrag	166,088.37	440
22. Auf Grund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	0.00	0
VIII. BILANZGEWINN	205,035,245.48	133,917

Anhang zum Jahresabschluss 2006 der Erste Bank AG

I. Allgemeine Angaben

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2006 der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG (Erste Bank) erfolgte nach den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches (UGB) unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des Bankwesengesetzes (BWG).

Seitens der Erste Bank wird zum gleichen Bilanzstichtag ein Konzernabschluss gemäß § 59 a BWG nach International Financial Reporting Standards erstellt.

1. Offene Rechtsfälle

Haftungsverbund

2002 haben Erste Bank und ein Großteil der österreichischen Sparkassen auf der Grundlage mehrerer Vereinbarungen den Haftungsverbund gegründet. Hauptzweck des Haftungsverbundes ist die Gründung eines Frühwarnsystems, die erweiterte Einlagensicherung und die Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassengruppe. Das bestehende Haftungsverbundsystem zwischen der Erste Bank und den Haftungsverbundmitgliedern wird als Kreditinstitutsgruppe (gemäß § 30 BWG) qualifiziert.

Dies gestattet der Erste Bank die Konsolidierung der Eigenmittel (gemäß § 24 BWG) sowie der risikogewichteten Bemessungsgrundlage (gemäß § 22 BWG) der Mitglieder des Haftungsverbundes.

Die Konsolidierung der Eigenmittel und der risikogewichteten Bemessungsgrundlage auf Basis des Haftungsverbundes hat bei der erstmaligen Durchführung zu einer Verbesserung der Kernkapitalquote der Erste Bank-Gruppe um ungefähr 55 Basispunkte geführt.

Auch ohne Einbeziehung der am Haftungsverbund teilnehmenden Sparkassen würde die Erste Bank-Gruppe die gesetzlichen Mindestanforderungen betreffend der Eigenmittelausstattung erfüllen.

In Sachverhaltsdarstellungen, die ein österreichischer Mitbewerber Ende 2003 an die österreichische Finanzmarktaufsicht, die EU-Kommission und die österreichische Bundeswettbewerbsbehörde gerichtet hat, wird behauptet, dass die Ausformung des Haftungsverbundes der Erste Bank mit den daran teilnehmenden österreichischen Sparkassen bankwesen- und wettbewerbsrechtliche Bestimmungen des europäischen Rechts verletze.

Eine Prüfung der Berechtigung der Behauptungen des Mitbewerbers durch die Finanzmarktaufsicht wurde mit dem Ergebnis abgeschlossen, dass die Finanzmarktaufsicht weiter § 30 Abs. 2a BWG anwenden wird und der Haftungsverbund als Kreditinstitutsgruppe qualifiziert wird.

In dem Kartellverfahren haben die Bundeswettbewerbsbehörde und ein Wettbewerber beim Kartellgericht beantragt, den Haftungsverbund wegen Verletzung der Bestimmungen des Artikel 81 des EGV zu untersagen. Im Juli 2006 wurde vom Kartellgericht ein Zwischenbeschluss erlassen, der noch nicht rechtswirksam ist. In dieser Entscheidung kam das Kartellgericht zu dem Ergebnis, dass der Haftungsverbund in seinen wesentlichen Bestimmungen den Vorschriften des Art 81 EGV entspricht, da er unter anderem für die Konsumenten vorteilhaft ist. Insbesondere bezieht sich das auf die gemeinsame Markt- und Geschäftspolitik, das Frühwarnsystem und die erweiterte Einlagensicherung.

Andererseits beurteilte das Kartellgericht einzelne Bestimmungen (namentlich den direkten Informationsfluss von wettbewerbssensiblen Daten von Sparkassen auch an die Erste Bank und nicht nur an die – dazu berechnigte – s-Haftungs- und Kundenabsicherungs GmbH) als dem Grunde nach wettbewerbsbeschränkend.

Da es sich nur um einen Zwischenbeschluss handelt, hat das Kartellgericht in seinen Untersuchungsergebnissen keine Schlussfolgerungen und Konsequenzen festgehalten, die von der Erste Bank und den anderen Parteien umzusetzen sind.

Das Kartellgericht hat seine Entscheidung in der Sache selbst explizit offen gelassen.

Diese Entscheidung des Kartellgerichtes wirkt sich auf die Zulässigkeit der Konsolidierung der Eigenmittel der Mitglieder des Haftungsverbundes nicht aus. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass das Kartellgericht Maßnahmen festsetzt, die mit den konzern- (und bankwesen)rechtlichen Berichtspflichten nicht in Einklang zu bringen sind.

Die Erste Bank ist (gemeinsam mit den anderen Mitgliedern des Haftungsverbundes) dabei, alternative Lösungen zu entwickeln, falls es zu dieser Situation kommen sollte.

Um dieses Verfahren zu einem Abschluss zu bringen, hat die Erste Bank im Dezember 2004 gemeinsam mit einigen Mitgliedern des Haftungsverbundes beim Kartellgericht einen Antrag auf Feststellung eingebracht, ob die Antragsteller aus kartellrechtlicher Sicht einen Zusammenschluss bilden.

Im November 2005 wurde dieser Antrag dahingehend ergänzt, dass er auch eine Zusatzvereinbarung umfasst, die zwischen der Erste Bank, der s-Haftungs- und Kundenabsicherungs GmbH und einer Sparkasse als Testfall abgeschlossen worden ist. Am 9. November 2006 hat das Kartellgericht in einem für die Erste Bank sehr günstigen Beschluss festgestellt, dass der Abschluss der Zusatzvereinbarung von November 2005 einen Zusammenschluss im Sinne des Kartellgesetzes darstellt. Gegen diesen Beschluss des Kartellgerichtes hat die Bundeswettbewerbsbehörde einen Rekurs eingebracht. Eine endgültige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes als zuständigem Rechtsmittelgericht wird nicht vor Mitte 2007 erwartet.

Wenn der Oberste Gerichtshof den Beschluss des Kartellgerichtes bestätigt, wird Erste Bank mit allen interessierten Sparkassen analoge Zusatzvereinbarungen zum Haftungsverbund abschließen. Nach Vorliegen der formalen Genehmigungen der Kartellbehörden sind die teilnehmenden Sparkassen und Erste Bank als wirtschaftliche Einheit im kartellrechtlichen Sinne anzusehen. Das hat zur Folge, dass (der Rechtsprechung der Europäischen Gerichtshöfe im Fall Viho folgend) die internen Beziehungen zwischen der Erste Bank und den teilnehmenden Sparkassen vom kartellrechtlichen Ausnahmetatbestand erfasst sind.

Kartellgerichtsentscheidung über Zentraleuropa-Akquisitionen

Im Jahr 2005 hat die Erste Bank beim österreichischen Kartellgericht ein Feststellungsverfahren eingeleitet, um die Frage zu klären, ob die Erwerbe der Mehrheitsbeteiligungen an der Česká spořitelna a. s., Slovenská sporiteľňa a. s., Postabank und an der Rijecka Banka in den Jahren 2000 bis 2003 unter die österreichischen Zusammenschlusskontrollbestimmungen fallen.

Im März 2006 hat der Oberste Gerichtshof festgestellt, dass sowohl die Erwerbe der Postabank und der Rijecka Banka, wie bereits vom Kartellgericht in erster Instanz festgestellt worden war, als auch die Erwerbe der Česká spořitelna a. s. und der Slovenská sporiteľňa a. s. vom Anmeldeerfordernis gemäß den Bestimmungen der §§ 41 ff des österreichischen Kartellgesetzes ausgenommen sind.

Vorsorglich hatte Erste Bank während dieses Verfahrens bereits formale Anmeldungen der Erwerbe vorgenommen und im Oktober 2005 die entsprechenden Genehmigungen erhalten.

Lombardverfahren:

Mit Urteil vom Dezember 2006 hat das Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften die von der Erste Bank eingebrachte Nichtigkeitsklage gegen die sogenannte „Lombard“-Entscheidung der EU-Kommission abgewiesen und damit auch das Ausmaß des von der EU-Kommission über die Erste Bank im Jahr 2002 verhängten Bußgeldes in Höhe von € 37,7 Mio bestätigt. Die Erste Bank hat gegen diese Entscheidung ein Rechtsmittel beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eingebracht. Die Erste Bank hat schon im Jahr 2002 das Bußgeld in der festgesetzten Höhe beglichen.

Staatliche Beihilfen Erste Bank Ungarn

Wie in den vorjährigen Geschäftsberichten erwähnt, hat die Europäische Kommission im Rahmen ihrer Prüfung staatlicher Beihilfen der Beitrittsländer wegen Bedenken über die Kompatibilität einer von der Republik Ungarn gegenüber Erste Bank anlässlich des Erwerbes der Postabank abgegebenen "Haftungserklärung für unbekannte Ansprüche" mit dem Acquis Communautaire das in Artikel 88 (2) des EG-Vertrages vorgesehene formale Ermittlungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Dieses Verfahren, an dem die Erste Bank als interessierte Partei teilnimmt, ist noch anhängig und es liegt noch keine Entscheidung vor.

Erste Bank geht davon aus dass das Ergebnis dieser Untersuchung keine wesentliche Auswirkung auf Erste Bank hat, insbesondere da seit Erwerb der Postabank keine „unbekannten Ansprüche“ aufgetaucht sind.

Urteil des Obersten Gerichtshofes betreffend der Zinsenanpassung bei Sparzinsen

In einer im Jänner 2006 bekannt gewordenen Entscheidung hat der Oberste Gerichtshof einige Punkte der Sparbuchbedingungen eines österreichischen Mitbewerbers für unzulässig erklärt. Ein Punkt betrifft die Klausel über die Berechtigung des Kreditinstitutes zur Änderung von Sparbuchzinsen. Diese wird nicht nur vom Mitbewerber, sondern von den meisten österreichischen Kreditinstituten, einschließlich der Erste Bank, verwendet. Laut Entscheidung des Obersten Gerichtshofes darf ein Kreditinstitut den Zinssatz eines Sparbuches nicht einseitig und ohne näher determinierte Voraussetzungen ändern, ausgenommen, diese Änderung ist dem Verbraucher zumutbar, besonders, weil diese geringfügig und sachlich gerechtfertigt ist.

In medialen Darstellungen leiten Verbraucherschutzstellen aus dieser Grundsatzentscheidung nicht nur die Verpflichtung der betroffenen Kreditinstitute zur Änderung der bisherigen Zinsanpassungsklausel bei Sparbüchern ab, sondern sehen darin auch die Basis für Überprüfungen, ob Sparzinsen in der Vergangenheit sachlich gerechtfertigt geändert wurden, einschließlich der Möglichkeit von Konsumenten, rückwirkend Ansprüche gegen Kreditinstitute geltend zu machen. Verbraucherschutzstellen haben angekündigt, dass sie von den österreichischen Kreditinstituten erwarten, berechnete Ansprüche von Kunden aus obiger Thematik zu honorieren und widrigenfalls weitere Musterprozesse zur Zinsgestaltung bei Sparbüchern einleiten würden.

2. Patronatserklärung

Es besteht eine Patronatsvereinbarung zwischen der Erste Bank und der Die Zweite Wiener Vereinsspar-Casse (im Folgenden „Die Zweite“), die eine dauerhafte Einhaltung der bankwesenrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Eigenmittelvorschriften, durch die

„Die Zweite“ gewährleisten soll. Dieser Garantieverpflichtung wird durch Einstellen eines Merkpостens von EUR 1,00 unter der Bilanz entsprochen, da die Festlegung eines Haftungsbetrages aus dieser Vereinbarung nicht möglich ist.

II. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- 1) Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der **Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung** und der Generalnorm aufgestellt, welche die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vorsehen. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes Rechnung getragen.
- 2) **Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten** wurden zum Referenzkurs der EZB per 29.12.2006 bewertet. Valuten wurden zum Valutenankaufkurs am Bilanzstichtag bewertet. Als Fremdwährung gelten alle Währungen, außer dem EURO.
- 3) Der Ansatz von **Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen** erfolgte zu den Anschaffungskosten. Sofern durch anhaltende Verluste oder andere Umstände dauernde Wertminderungen eingetreten sind, wurde eine entsprechende Abwertung vorgenommen. Für notwendige Verlustabdeckungen von Tochtergesellschaften wurden, sofern erforderlich, entsprechende Rückstellungen gebildet.
- 4) Bei **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens** wird der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag gemäß § 56 Abs. 2 BWG zeitanteilig abgeschrieben bzw. zeitanteilig über die gesamte Restlaufzeit bis zur Rückzahlung als Ertrag gemäß § 56 Abs. 3 BWG aufgelöst. **Wertpapiere des Handelsbestandes** und sonstige **Wertpapiere des Umlaufvermögens** werden nach dem Tageswertprinzip entsprechend den Vorschriften des § 207 UGB in Verbindung mit § 56 Abs. 5 BWG bewertet.
- 5) Die Bewertung der **Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wechsel und sonstigen Vermögensgegenstände** erfolgte nach den Vorschriften des § 207 UGB. Erkennbaren Risiken wurde durch entsprechende Wertberichtigungen Rechnung getragen. Zuschreibungen aus der Auflösung von Wertberichtigungen wurden vorgenommen. Privatkredite wurden nach statistischen Risikomerkmale bewertet beziehungsweise wurden Vorsorgen als Portfoliowertberichtigungen vorgenommen. Forderungen an Schuldner in Risikoländern sind unter Beachtung der Stellungnahme des Fachsenats für Handelsrecht und Revision der Kammer der Wirtschaftstreuhänder vorsichtig bewertet.
- 6) **Immaterielle Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen** wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die planmäßige Abschreibung wurde linear vorgenommen. Die Abschreibungsdauer beträgt für Gebäude zwischen 25 und 50 Jahre, für die Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 5 und 20 Jahre und für immaterielle Anlagewerte zwischen 4 und 15 Jahre. Aktivierte Firmenwerte werden auf 5 bis 15 Jahre abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.
- 7) **Die verbrieften und nachrangigen Verbindlichkeiten** wurden in der Bilanz mit den Rückzahlungswerten bzw. den anteiligen Jahreswerten (Nullkuponanleihen) angesetzt.
- 8) Die **Emissionskosten** wurden sofort aufwandswirksam verrechnet, **Agios und Disagios für Emissionen** werden abgegrenzt und auf die Laufzeit der Schuld verteilt.
- 9) Die **Rückstellungen** wurden in Höhe des Betrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Berechnung der **Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen** gegenüber Pensionisten erfolgte aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens nach IFRS-Grundsätzen. Die Bewertung der Pensionsansprüche erfolgte nach IAS 19 unter Verwendung der Projected Unit Credit Method sowie Anwendung der Korridormethode. Im Berichtsjahr wurde eine Anpassung der Berechnungsparameter an die mittlerweile geänderten Marktverhältnisse vorgenommen, indem der Rechenzinssatz von 5,5% auf 4,5% reduziert wurde und eine Erhöhung des Kollektivvertragstrends von 1,5% auf 2,0% sowie - als Folge der Einführung eines neuen Gehaltsschemas - eine Reduktion des Schematrends von 1,5% auf 1,0% vorgenommen wurde. In teilweiser Vorwegnahme des Einsatzes neuer Sterbetafeln, die derzeit noch nicht vorliegen, wurde, aufbauend auf den AVÖ 1999 P-Rechnungsgrundlagen, dafür ein Zuschlag von 5,0% des Rückstellungserfordernisses angerechnet.

Die Pensionsanswartschaften der mit Stichtag 31.12.2006 aktiven, sowie der seit 1.1.1999 in Pension gegangenen Mitarbeiter der Erste Bank AG, die definitiv gestellt sind bzw. einen Pensionsanspruch haben, sind in die VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG übertragen. Der sich ergebende Unterschiedsbetrag aus den seit 1998 erfolgten Übertragungen des Deckungskapitals an die Pensionskasse und den jeweils für diese Aktiven bestehenden Pensionsrückstellungen wurde gemäß Übergangsbestimmungen, Abschnitt XII, des

Pensionskassengesetzes unter den aktiven Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen und wird verteilt über einen Zeitraum von zehn Jahren aufgelöst.

Die Berechnung der **Abfertigungsrückstellungen** erfolgte aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens nach IFRS-Grundsätzen. Die Bewertung der Abfertigungsansprüche erfolgte nach IAS 19 unter Verwendung der Projected Unit Credit Method. Im Berichtsjahr wurde eine Anpassung der Berechnungsparameter an die mittlerweile geänderten Marktverhältnisse vorgenommen, indem der Rechenzinssatz auf von 5,5% auf 4,5% reduziert wurde und eine Erhöhung des Kollektivvertragstrends von 1,5% auf 2,0% sowie eine Reduktion des Schematrends von 1,5% auf 1,0% vorgenommen wurde. Mit der derart gebildeten Rückstellung wird auch den Erfordernissen des § 211 Abs. 2 UGB Rechnung getragen.

Die **Jubiläumsgeldrückstellung** wurde analog der Abfertigungsrückstellung berechnet.

10) Aussonderungsfähiges Treuhandvermögen wurde gemäß § 48 Abs. 1 BWG unter der Bilanz ausgewiesen.

11) Im Bereich des **Derivatgeschäftes** gelangten die Bestände grundsätzlich nach folgenden Bewertungsgrundsätzen zur Ausweisung:

Hedging-Produkte werden gemeinsam mit dem Underlying als Bewertungseinheit bilanziert. Bei sonstigen Produkten des Bankbuches (strategische Positionen) werden die auf die Periode entfallenden laufenden Zinsbeträge erfolgsmäßig abgegrenzt. Negative Marktwerte werden in der GuV erfasst, positive Marktwerte werden nicht angesetzt. Handelsbestände werden „mark-to-market“ bewertet.

III. Erläuterungen zur Bilanz

1) Fristgliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten und Kunden (nach Restlaufzeiten):

a) Forderungen

(in EUR Mio)

31.12.2005

31.12.2006

Forderungen an Kreditinstitute	23.879	26.372
bis 3 Monate	16.115	18.095
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4.971	4.605
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.573	2.450
mehr als 5 Jahre	802	829
täglich fällig	418	393
Forderungen an Kunden	23.400	25.471
bis 3 Monate	4.332	5.623
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.831	1.913
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.382	6.142
mehr als 5 Jahre	10.834	10.706
täglich fällig	1.021	1.087

b) Verbindlichkeiten

(in EUR Mio)

31.12.2005

31.12.2006

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.537	34.418
bis 3 Monate	26.352	29.107
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.745	1.415
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	629	973
mehr als 5 Jahre	724	1.839
täglich fällig	2.087	1.084
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13.814	17.702
Spareinlagen		
bis 3 Monate	146	253
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	403	1.236
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	792	1.059
mehr als 5 Jahre	3.768	3.162
täglich fällig	474	1.937
Sonstige		
bis 3 Monate	2.129	4.182
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	121	319
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1	31
mehr als 5 Jahre	320	317
täglich fällig	5.660	5.206
Verbriefte Verbindlichkeiten	17.124	15.710
bis 3 Monate	4.029	2.297
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.507	2.312
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.914	6.056
mehr als 5 Jahre	5.674	5.045
täglich fällig	0	0

Bei den Spareinlagen wurde für die Berechnung der Restlaufzeit die durchschnittliche Verweildauer zugrunde gelegt.

2) Beträge von Schuldverschreibungen, die im nächsten Jahr fällig werden

Bei **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** lag für die Erste Bank per 31.12.2006 jener Teil, der in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig wird, bei EUR 1.311,7 Mio. (Vorjahr: EUR 1.010,0 Mio.).

Bei **begebenen Schuldverschreibungen** lagen die analogen Fälligkeiten per 31.12.2006 bei EUR 4.729,9 Mio. (Vorjahr: EUR 6.616,7 Mio.).

3) Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten (in EUR Mio)

	Vermögensgegenstände		Verbindlichkeiten	
	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006
Summe Erste Bank insgesamt	26.892	30.132	22.073	26.460

Als Fremdwährung gelten alle Währungen, außer dem EUR.

4) Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (in EUR Mio)

	Forderungen an verbundene Unternehmen		Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006
Forderungen an Kreditinstitute	6.986	9.358	3.763	3.766
Forderungen an Kunden	2.165	3.142	645	476
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	258	288	1.012	694
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	159	218	101	96

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.287	1.409	3.479	2.215
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	418	620	204	198

Die wichtigsten Unternehmen davon sind:

Forderungen an verbundene Unternehmen:

Tiroler Sparkasse Bankaktiengesellschaft, Innsbruck
 Erste Bank Hungary Rt, Budapest
 Salzburger Sparkasse Bank AG, Salzburg
 Banca Comerciala Romana SA, Bukarest

Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Sparkasse Kremstal-Pyhrn AG, Kirchdorf a.d.Krems
 Kärntner Sparkasse AG, Klagenfurt
 Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank AG, Linz
 Steiermärkische Bank und Sparkassen AG, Graz

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen:

Salzburger Sparkasse Bank AG, Salzburg
 s Wohnbaubank AG, Wien
 Tiroler Sparkasse Bankaktiengesellschaft, Innsbruck
 s Versicherung AG, Wien

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Kärntner Sparkasse AG, Klagenfurt
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank AG, Linz
Steiermärkische Bank und Sparkassen AG, Graz

5) Vermögensgegenstände nachrangiger Art (in EUR Mio)

	31.12.2005	31.12.2006
a) Forderungen an Kreditinstitute	190	348
darunter:		
an verbundene Unternehmen	182	320
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7	7
b) Forderungen an Kunden	122	116
darunter:		
an verbundene Unternehmen	33	9
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	1
c) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	222	256
darunter:		
an verbundene Unternehmen	20	20
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	0

6) Treuhandgeschäfte

In den angeführten Positionen sind Treuhandgeschäfte in folgender Höhe enthalten:

Forderungen an Kreditinstitute	EUR 18,0 Mio (31.12.2005 EUR 16,8 Mio)
Forderungen an Kunden	EUR 30,7 Mio (31.12.2005 EUR 31,1 Mio)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR 48,7 Mio (31.12.2005 EUR 47,9 Mio)

7) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Eine detaillierte Aufgliederung wesentlicher Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen kann der Anlage zum Anhang „Anteilsbesitz der Erste Bank per 31.12.2006“ entnommen werden.

8) Wertpapiere**a) Aufgliederung der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere (in EUR Mio)****(gemäß § 64 Abs. 1 Ziffer 10 BWG)**

	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006
a) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.213	8.038	1.492	1.482
b) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	302	648	125	164
c) Beteiligungen	42	51	0	0
d) Anteile an verbundenen Unternehmen	108	189	0	0
Summe	7.665	8.926	1.617	1.646

(gemäß § 64 Abs. 1 Ziffer 11 BWG)

	Anlagevermögen		Umlaufvermögen	
	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006
a) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.292	6.531	2.413	2.989
b) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	75	94	352	718
Summe	6.367	6.625	2.765	3.707

Die Zuordnung gemäß § 64 Abs. 1 Ziffer 11 BWG erfolgte entsprechend den vom Vorstand beschlossenen Organisationsrichtlinien, wobei das Anlagevermögen solche Positionen umfaßt, die unter strategischen Aspekten der längerfristig ertragreichen Veranlagung aufgebaut wurden.

Der aus der zeitanteiligen Abschreibung gemäß § 56 Abs. 2 BWG verbleibende Unterschiedsbetrag zum Tilgungswert beläuft sich auf EUR 70,7 Mio. (Vorjahr: EUR 107,1 Mio.), jener aus der zeitanteiligen Zuschreibung gemäß § 56 Abs. 3 BWG verbleibende Unterschiedsbetrag zum Tilgungswert auf EUR 19,0 Mio. (Vorjahr: EUR 12,4 Mio.).

b) Aufgliederung der Unterschiedsbeträge der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere, die nicht die Eigenschaft von Finanzanlagen haben (in EUR Mio.)

	31.12.2005	31.12.2006
Unterschiedsbetrag zwischen der Bilanzierung zum höheren Marktwert am Bilanzstichtag und den Anschaffungskosten gemäß § 56 Absatz 5 BWG	123	100

c) Echte Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in Pension gegebenen Vermögensgegenstände aus echten Pensionsgeschäften beträgt zum Bilanzstichtag EUR 4.172,4 Mio. (Vorjahr: EUR 4.700,9 Mio.).

d) Aufgliederung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere (in EUR Mio.)

	31.12.2005	31.12.2006
Von öffentlichen Emittenten	1.137	1.131
Von anderen Emittenten	7.568	8.389
hievon:		
eigene Emissionen	82	84
inländische Anleihen Kreditinstitute	890	949
ausländische Anleihen Kreditinstitute	2.723	3.084
Pfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen	603	572
Wandelanleihen	113	27
sonstige Anleihen	3.157	3.673

9) Wertpapierhandelsbuch

Die Erste Bank hat im Geschäftsjahr ein Wertpapierhandelsbuch im Sinne des § 22 b BWG geführt. Der dem Handelsbuch zugeordnete **Wertpapierbestand** (incl. aktivierter Optionsprämien und nicht bilanzwirksamer Pensionsgeschäfte) betrug per 31.12.2006 EUR 5.784,8 Mio. (Vorjahr: EUR 3.865,6 Mio.).

Es wurde von der Wahlmöglichkeit des § 22 lit. b BWG Gebrauch gemacht und per 31.12.2006 **Geldmarktinstrumente** mit einem Volumen von EUR 19.903,9,0 Mio. (31.12.2005 EUR 19.279,3 Mio) dem Wertpapierhandelsbuch zugeordnet.

Das Volumen der im Wertpapierhandelsbuch enthaltenen **sonstigen Finanzinstrumente** hatte per 31.12.2006 einen Nominalwert von EUR 300.218 Mio. (Vorjahr: EUR 224.129 Mio.) und gliedert sich wie folgt:

(in EUR Mio)	Kaufposition		Verkaufsposition		Summe	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Optionen	6.412	4.397	7.481	5.101	13.893	9.498
Caps und Floors	25.917	54.283	25.186	50.552	51.103	104.835
Währungsswaps	25.868	30.424	0	0	25.868	30.424
Zinsswaps	121.916	150.751	0	0	121.916	150.751
Forward Rate Agreements	2.556	127	2.580	340	5.136	467
Financial Futures	3.074	919	3.139	3.324	6.213	4.243
Summe	185.743	240.901	38.386	59.317	224.129	300.218

Anmerkung: Zinsen- und Währungsswaps sind einseitig (Kauf), alle anderen Produkte zweiseitig dargestellt.

10) Anlagevermögen

Die Angaben über die Entwicklung des Anlagevermögens (Anlagenspiegel) gemäß § 226 Abs. 1 UGB sind als Anlage zum Anhang gesondert ausgewiesen.

Der Grundwert der bebauten Grundstücke betrug zum 31.12.2006 EUR 13,0 Mio. (Vorjahr: EUR 13,1 Mio.).

Im Buchwert per 31.12.2006 war kein Leasingvermögen enthalten.

Für die Erste Bank bestehen Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen (Miet- und Leasingverträge) für das folgende Geschäftsjahr in Höhe von EUR 32,5 Mio. (Vorjahr: EUR 29,4 Mio.) und für die folgenden fünf Geschäftsjahre in Höhe von EUR 179,3 Mio. (Vorjahr: EUR 162,6 Mio.).

In der Position immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind solche in Höhe von EUR 52,0 Mio (Vorjahr: EUR 62,7 Mio.) enthalten, die von einem verbundenen Unternehmen erworben wurden. Im Berichtsjahr wurden solche Vermögensgegenstände im Betrag von EUR 15,7 Mio. (Vorjahr: EUR 13,1 Mio.) erworben.

11) Rechnungsabgrenzungsposten

Der Saldo der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten hat sich insgesamt zum Bilanzstichtag 31.12.2006 auf EUR 153,4 Mio. (Vorjahr: EUR 122,9 Mio.) erhöht.

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ist per 31.12.2006 mit EUR 7,8 Mio. (Vorjahr: EUR 14,7 Mio.) der verbleibende Unterschiedsbetrag zwischen Deckungserfordernis der Pensionskasse und der Pensionsrückstellung von den seit 1998 erfolgten Übertragungen der Pensionsrechte der Aktiven ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag wird ab dem Jahr der Übertragung in 10 gleichen Jahresraten aufwandswirksam aufgelöst. Die Auslagerung der Pensionsverpflichtungen ist in Punkt II 9 dieses Anhanges erläutert.

Die gemäß Artikel X Abs. 3 RLG bestehende Unterdeckung der Pensionsrückstellungen wird nach erfolgter anteiliger aufwandswirksamer Abschreibung in der aktiven Rechnungsabgrenzung ausgewiesen. Dieser Betrag, EUR 24,4 Mio., wird in den nächsten 5 Jahren in gleichen Beträgen aufwandswirksam aufgelöst.

Ab dem Geschäftsjahr 2005 wurde die Bewertung der Pensions- Abfertigungs- und Jubiläumsgeldrückstellung nach den Grundsätzen von IAS 19 vorgenommen. Der daraus entstandene Fehlbetrag wird in den aktiven Rechnungsabgrenzungen per 31.12.2006 mit EUR 75,3 Mio. ausgewiesen und ab dem Geschäftsjahr 2005 in 5 gleichen Jahresraten aufwandswirksam aufgelöst.

12) Sonstige Vermögensgegenstände (in EUR Mio.)

	31.12.2005	31.12.2006
Insgesamt:	4.894	4.518
hievon aus Wertpapiergeschäften	2.813	2.020
hievon aus derivativen Produkten	779	1.135
hievon aus Erfolgsabgrenzungen Zins- und Provisionabgrenzungen	662	736
hievon aus Forderungen gegenüber Beteiligungen und verbundenen Unternehmen	424	525

13) Verbriefte Verbindlichkeiten (in EUR Mio.)

	31.12.2005	31.12.2006
Insgesamt:	17.124	15.710
hievon fundierte Anleihen und Bankschuldverschreibungen	96	96
hievon nicht fundierte Anleihen und Bankschuldverschreibungen	12.140	11.460
hievon Pfandbriefe und Kommunalbriefe	765	1.079
hievon Certificates of Deposits und Commercial Paper	4.059	2.899

14) Sonstige Verbindlichkeiten (in EUR Mio.)

	31.12.2005	31.12.2006
Insgesamt:	4.134	3.823
hievon aus derivativen Produkten	702	1.027
hievon aus dem Wertpapiergeschäft	2.836	2.081
hievon aus Zins- und Provisionsaufwendungen	465	511

15) Rückstellungen (in EUR Mio.)

	31.12.2005	31.12.2006
Rückstellungen für Abfertigungen	104	115
Rückstellungen für Pensionen	291	357
Steuerrückstellungen	8	5
Rückstellungen für Risikovorsorgen	72	80
Sonstige	89	100
Summe	564	657

Die Erhöhung der **Pensionsrückstellung** im Berichtsjahr um EUR 66 Mio. resultiert aus dem Saldo einer Auflösung von EUR 3 Mio. und einer Dotation in Höhe von EUR 69 Mio. aus Parameterveränderungen der in Punkt II/9 in diesem Anhang beschriebenen Bewertungsmethode. Die Steigerung der **Abfertigungsrückstellung** in Höhe von EUR 11 Mio resultiert mit EUR 5 Mio ebenfalls aus den Parameterveränderungen bei der Berechnungsmethode, sowie mit EUR 6 Mio. aus Dotationserfordernissen.

16) Nachrangige Kreditaufnahmen

Der Stand der nachrangigen Kreditaufnahmen beträgt per 31.12.2006 EUR 4.199,0 Mio. (Vorjahr: EUR 3.381,1 Mio.), hievon entfallen – unverändert zum Stand per Jahresultimo 2005 – EUR 1,0 Mio. auf 14.281 Stück GIROCREDIT – Genussscheine Emission 1984 (Genussrechte gemäß § 174 AktG). Die Genussscheine verbriefen einen Anteil am Gewinn und am Verlust, jedoch nicht am Vermögen. Es sind damit auch keine Aktionärsrechte verbunden.

Von den im Bilanzjahr erfolgten nachrangigen Kreditaufnahmen der Erste Bank (einschließlich Ergänzungskapital) liegt eine Emission (Erste Bank Sub.Ord. FRN 2006-2017/D.349, Zinssatz 3,903%, Nom. EUR 500.000.000,00) über der 10-Prozent-Grenze (EUR 419,9 Mio.) des Gesamtbetrages der nachrangigen Kreditaufnahmen.

Der Saldo der Veränderungen des Gesamtbetrages der nachrangigen Kreditaufnahmen resultiert aus folgenden Vorgängen:

Zugänge durch Neuemissionen	EUR 984,4 Mio
Abgänge durch Endfälligkeit	EUR 119,1 Mio
Buchwertreduktion durch Bewertungskursänderungen	EUR 47,4 Mio

Zum Bilanzstichtag befanden sich keine nicht börsenotierten Eigenemissionen aus den nachrangigen Kreditaufnahmen im Eigenbestand.

Für nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital wurden in der Erste Bank im Jahre 2006 170,7 EUR Mio. (Vorjahr: EUR 151,2 Mio.) aufgewendet.

Der Begriff der Nachrangigkeit richtet sich nach § 45 Abs. 4 beziehungsweise § 51 Abs. 9 BWG.

17) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt per 31.12.2006 EUR 630,6 Mio (Vorjahr: EUR 486,4 Mio). Das Grundkapital wird per 31.12.2006 durch 315.296.185 Stück auf Inhaber lautende, stimmberechtigte Stückaktien (Stammaktien) repräsentiert.

Kapitalerhöhungen 2006

Kapitalerhöhung Jänner / Februar 2006:

Artikel 4.4. der Satzung ermächtigte den Vorstand, das Grundkapital durch Ausgabe von bis zu 80.000.000 Aktien (Nominale EUR 160.000.000,00) zu erhöhen. Gemäß Beschluss des Vorstandes und des Aufsichtsrates vom 25.1.2006 wurde diese Möglichkeit im Ausmaß von Nominale EUR 117.907.200,00 durch Ausgabe von 58.953.600 Stück Inhaberaktien genutzt. Nach der Angebotsfrist für die freie Zeichnung, 11.1.2006 bis 26.1.2006, wurde der endgültige Bezugspreis am 26.1.2006 mit EUR 45,00 fixiert und nach Börseschluss veröffentlicht. Der erzielte Emissionserlös von EUR 2.652.912.000,00 wurde mit EUR 117.907.200,00 in der Position Grundkapital und mit EUR 2.535.004.800,00 in der Position Gebundene Kapitalrücklagen ausgewiesen. Im Rahmen dieser Kapitalerhöhung wurde eine bestehende Mehrzuteilungsoption voll ausgeübt und daher zusätzlich 5.895.360 Aktien zum Nominale von EUR 11.790.720,00 emittiert. Der daraus erzielte Emissionserlös in Höhe von EUR 265.291.200,00 wurde mit EUR 11.790.720,00 in der Position Grundkapital und mit EUR 253.500.480,00 in der Position Gebundene Kapitalrücklagen ausgewiesen.

Kapitalerhöhung BCR-Mitarbeiteraktientausch:

In weiterer Anwendung des Artikels 4.4. der Satzung wurde auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 19.5.2006 mit dem Beschluss des Vorstandes vom 29.8.2006 die Erhöhung des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital gegen Sacheinlage unter Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre gefaßt. Der Vorstand hat in diesem Grundsatzbeschluss insbesondere die Berechnungsformel für das Umtauschverhältnis der neu zu begebenden Aktien der Erste Bank zu den von Mitarbeitern der Banca Commerciale Romana S.A., Rumänien ("BCR") gehaltenen BCR-Aktien, die maximale Höhe der Kapitalerhöhung und die maximale Anzahl der neu zu schaffenden Aktien festgelegt.

Im Beschluss des Vorstandes vom 12.9.2006 wurde der Ausgabepreis mit EUR 45,91 pro Erste Bank-Aktie und das Umtauschverhältnis zwischen BCR-Mitarbeiteraktie und einer Erste Bank-Aktie mit 6:1 fixiert.

Im Rahmen der BCR-Mitarbeiteraktion wurden 37.723.416 Stück BCR-Aktien auf 6.287.236 Stück Erste Bank-Aktien im Verhältnis 6:1 umgetauscht. Der daraus erzielte Emissionserlös von EUR 288.647.004,76 wurde mit EUR 12.574.472,00 in der Position Grundkapital und mit EUR 276.072.532,76 in der Position Gebundene Kapitalrücklagen ausgewiesen.

Im Rahmen des **MSOP 2002** (Ausübungsfrist April 2006) wurden 87.059 Optionen ausgeübt und somit 348.236 Inhaberaktien zu einem Ausgabekurs von EUR 16,50 gezeichnet. Der daraus resultierende Emissionserlös von EUR 5.745.894,00 zuzüglich EUR 3.501.807,20 (aus der Differenz zwischen Ausgabekurs EUR 16,50 und dem Kurs am Valutatag 26.5.2006 von EUR 45,85 für 119.312 durch Mitarbeiter der Erste Bank AG gezeichnete Aktien, verrechnet zu Lasten GuV-Pos. 8 a. Personalaufwand), somit insgesamt EUR 9.247.701,20, wurde im Betrag von EUR 696.472,00 dem Grundkapital und EUR 8.551.229,20 den gebundenen Kapitalrücklagen zugewiesen. Von den ausgeübten Optionen entfielen 20.838 Optionen auf die 1. Tranche, hievon 14.170 Stück auf leitende Angestellte und 6.668 Stück auf sonstige Arbeitnehmer. Auf die 2. Tranche entfielen 25.624 Optionen, hievon 13.100 Stück auf leitende Angestellte und 12.524 Stück auf sonstige Arbeitnehmer, bei der 3. Tranche wurden 40.597 Optionen ausgeübt, wobei 1.000 Stück auf Organe, 28.050 Stück auf leitende Angestellte und 11.547 Stück auf sonstige Arbeitnehmer entfielen. Die Differenz zwischen Ausübungspreis (EUR 16,50) und Schlusskurs der Erste Bank Aktie zum Valutatag (EUR 45,85) belief sich bei allen auf EUR 29,35.

Der Ausübungspreis der einzelnen Optionen, Durchschnitt aller im März 2002 erzielten Schlusskurse, abgerundet auf halbe EUR betrug EUR 66,00 was unter Berücksichtigung des mittlerweile erfolgten Aktiensplits (1:4), einem Wert von EUR 16,50 je Aktie entspricht. Der Schätzwert der einzelnen Optionen lag zum Bilanzstichtag 31.12.2006 für im Jahre 2002 gutgeschriebene Optionen bei EUR 41,82 sowie für im Jahre 2003 gutgeschriebenen Optionen bei EUR 41,87 und für im Jahre 2004 gutgeschriebenen Optionen bei EUR 41,88.

Im Rahmen des **MSOP 2005** wurden **im Rahmen des ersten Ausübungsfristens** (2. bis 12.5.2006) 85.855 Optionen ausgeübt und somit 85.855 Stück Inhaberaktien zu einem Ausgabekurs von EUR 43,00 gezeichnet. Der daraus resultierende Emissionserlös von EUR 3.691.765,00 zuzüglich EUR 99.493,50 (aus der Differenz zwischen Ausgabekurs EUR 43,00 und dem Kurs am Valutatag 26.5.2006 von EUR 45,85 für 34.910 durch Mitarbeiter der Erste Bank AG gezeichnete Aktien, verrechnet zu Lasten GuV-Pos. 8 a. Personalaufwand), somit insgesamt EUR 3.791.258,50, wurde im Betrag von EUR 171.710,00 dem Grundkapital und EUR 3.619.548,50 den gebundenen Kapitalrücklagen zugewiesen. Die Differenz zwischen Ausübungspreis (EUR 43,00) und Schlusskurs der Erste Bank Aktie zum Valutatag (EUR 45,85) belief sich bei allen auf EUR 2,85.

Im Rahmen des zweiten Ausübungsfensters (1. bis 11.8.2006) wurden 9.430 Optionen ausgeübt und somit 9.430 Stück Inhaberaktien zu einem Ausgabekurs von EUR 43,00 gezeichnet. Der daraus resultierende Emissionserlös von EUR 405.490,00 zuzüglich EUR 7.007,00 (aus der Differenz zwischen Ausgabekurs EUR 43,00 und dem Kurs am Valutatag 25.8.2006 von EUR 45,86 für 2.450 durch Mitarbeiter der Erste Bank AG gezeichnete Aktien, verrechnet zu Lasten GuV-Pos. 8 a. Personalaufwand), somit insgesamt EUR 412.497,00, wurde im Betrag von EUR 18.860,00 dem Grundkapital und EUR 393.637,00 den gebundenen Kapitalrücklagen zugewiesen. Die Differenz zwischen Ausübungspreis (EUR 43,00) und Schlusskurs der Erste Bank Aktie zum Valutatag (EUR 45,86) belief sich bei allen auf EUR 2,86.

Im Rahmen des dritten Ausübungsfensters (2. bis 17.11.2006) wurden 53.344 Optionen ausgeübt und somit 53.344 Stück Inhaberaktien zu einem Ausgabekurs von EUR 43,00 gezeichnet. Der daraus resultierende Emissionserlös von EUR 2.293.792,00 zuzüglich EUR 279.104,10 (aus der Differenz zwischen Ausgabekurs EUR 43,00 und dem Kurs am Valutatag 1.12.2006 von EUR 55,45 für 22.418 durch Mitarbeiter der Erste Bank AG gezeichnete Aktien, verrechnet zu Lasten GuV-Pos. 8 a. Personalaufwand), somit insgesamt EUR 2.572.896,10, wurde im Betrag von EUR 106.688,00 dem Grundkapital und EUR 2.466.208,10 den gebundenen Kapitalrücklagen zugewiesen. Die Differenz zwischen Ausübungspreis (EUR 43,00) und Schlusskurs der Erste Bank Aktie zum Valutatag (EUR 55,45) belief sich bei allen auf EUR 12,45.

Alle 148.629 im Geschäftsjahr 2006 im Rahmen von MSOP 2005 ausgeübten Optionen entfallen auf die erste Tranche und betreffen mit 12.000 Stück Organe, mit 78.910 Stück Leitende Angestellte und mit 57.719 Stück sonstige Arbeitnehmer. Der Schätzwert der einzelnen Optionen lag zum Bilanzstichtag 31.12.2006 für im Jahre 2005 gutgeschriebene Optionen bei EUR 20,22 und für im Jahre 2006 gutgeschriebene Optionen bei EUR 21,93.

Im Rahmen des **ESOP 2006** wurden zwischen 8. und 19. Mai 2006 479.524 Aktien zu einem Kurs von EUR 39,00 gezeichnet. Der daraus resultierende Emissionserlös von EUR 18.701.436,00 zuzüglich EUR 887.785,92 (aus der Differenz zwischen Ausgabepreis EUR 39,00 und dem Kurs am Valutatag 1.6.2006 von EUR 44,88 für 150.984 durch Mitarbeiter der Erste Bank AG gezeichnete Aktien, verrechnet zu Lasten GuV-Pos. 8a. Personalaufwand), somit insgesamt EUR 19.589.221,92 wurde im Betrag von EUR 959.048,00 dem Grundkapital und EUR 18.630.173,92 den gebundenen Kapitalrücklagen zugewiesen.

18) Mitarbeiterbeteiligungs- und Managementoptionenprogramm:

MSOP 2002: Das MSOP umfasst insgesamt maximal 4.400.000 Stammaktien der Erste Bank nach dem Aktiensplitting, das entspricht 1.100.000 Optionen. Die Verteilung der tatsächlich zugeteilten Optionen auf Vorstandsmitglieder, Leitende Angestellte und bezugsberechtigte Arbeitnehmer des Erste Bank Konzerns ist in den nachstehenden Tabellen ersichtlich.

Bedingungen: Jede der unentgeltlich eingeräumten Optionen berechtigt zum Bezug von vier Aktien, die Optionen sind unter Lebenden nicht übertragbar. Die Umsetzung der Einräumung 2002 erfolgt in drei Tranchen durch Gutschrift der Optionen auf den Depots der Anspruchsberechtigten: Vorstand und sonstige Führungskräfte am 24.4.2002, 1.4.2003 und 1.4.2004, Leistungsträger aus dem Kreis der Arbeitnehmer am 1.6.2002, 1.6.2003 und 1.6.2004. Der Ausübungspreis wurde für alle drei Tranchen mit dem durchschnittlichen Börsenkurs der Erste Bank Aktie im März 2002 auf halbe EUR abgerundet, festgelegt. Das waren EUR 66,00 je Aktie. Der Ausübungspreis beträgt auch nach dem Aktiensplit vom Juli 2004 unverändert EUR 66,00. Das heißt, dass eine Option das Recht einräumt, vier Aktien der Erste Bank um insgesamt EUR 66,00 zu erwerben. Dies entspricht einem Bezugspreis von EUR 16,50 pro Aktie. Die Laufzeit beginnt jeweils mit der Gutschrift der Optionen auf dem Depot und endet mit dem Valutatag des im folgenden beschriebenen Ausübungsfensters des fünften auf die Gutschrift folgenden Kalenderjahres. Ausübungserklärungen sind alljährlich ab dem Tag, der der Veröffentlichung des vorläufigen Konzernergebnisses für das abgelaufene Geschäftsjahr folgt, frühestens jedoch am 1. April bis zum 30. April des jeweiligen Jahres zulässig (Ausübungsfenster). Die Behalterfrist beträgt ein Jahr ab dem Valutatag des Ausübungsjahres, der Teilnehmerebene darf jedoch maximal 15 Prozent der jeweils bezogenen Aktien vor Ablauf der Behalterfrist verkaufen.

MSOP2005: Das MSOP umfasst insgesamt maximal 2.000.000 Stammaktien der Erste Bank, das entspricht 2.000.000 Optionen. Die Verteilung der tatsächlich zugeteilten Optionen auf Vorstandsmitglieder, Leitende Angestellte und bezugsberechtigte Arbeitnehmer des Erste Bank Konzerns ist in den nachstehenden Tabellen ersichtlich.

Bedingungen: Jede der unentgeltlich eingeräumten Optionen berechtigt zum Bezug von einer Aktie, die Optionen sind unter Lebenden nicht übertragbar. Die Umsetzung der Einräumung 2005 erfolgt für den Vorstand und die berechtigten Führungskräfte am 1.6.2005, für die Leistungsträger erfolgt die Einräumung in drei Tranchen, zum 1.9.2005, 1.9.2006 und 31.8.2007. Die Zuteilung der Optionen erfolgt in drei Tranchen durch Gutschrift der Optionen auf den Depots der Anspruchsberechtigten und zwar zum 1.9.2005, 1.9.2006 und 31.8.2007. Der Ausübungspreis wurde für alle drei Tranchen mit dem durchschnittlichen Börsenkurs der Erste Bank Aktie im April 2005, erhöht um einen Aufschlag von 10% und auf halbe Euro abgerundet, mit EUR 43,00 je Aktie festgelegt. Die Laufzeit beginnt jeweils mit dem Tag der Einräumung und endet mit dem Valutatag des letzten Ausübungsfensters des fünften, auf die Zuteilung folgenden Kalenderjahres. Ausübungserklärungen sind alljährlich innerhalb von 14 Tagen ab dem Tag, der der Veröffentlichung der Quartalsergebnisse für die Quartale 1 bis 3 eines jeden Geschäftsjahres zulässig (jeweils drei Ausübungsfenster). Die Behalterfrist

beläuft sich auf ein Jahr ab dem Valutatag des Bezugs der Aktie. Der Teilhabeberechtigte ist allerdings berechtigt, maximal 25% der bezogenen Aktien vor Ablauf dieser Behaltefrist zu verkaufen.

Die zugeteilten und hievon ausgeübten Optionen aus dem **MSOP 2002** teilen sich auf den Kreis der Berechtigten wie folgt auf:

	2002	2003	2004	Gesamt:	hievon ausgeübt
Mag. Andreas Treichl	4.000	4.000	4.000	12.000	12.000
Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren	4.000	4.000	4.000	12.000	12.000
Mag. Reinhard Ortner	4.000	4.000	4.000	12.000	12.000
Mag. Dr. Franz Hochstrasser	4.000	4.000	4.000	12.000	12.000
Erwin Erasim	4.000	4.000	4.000	12.000	12.000
Mag. Bernhard Spalt ab 1.11.2006	1.000	1.000	1.000	3.000	1.200
Dr. Christian Coreth bis 31.10.2006	1.000	1.000	1.000	3.000	3.000
daher Organe insgesamt:	22.000	22.000	22.000	66.000	64.200
Leitende Angestellte	172.200	182.800	214.000	569.000	473.497
Arbeitnehmer	92.271	115.729	94.891	302.891	249.327
Gutgeschriebene Optionen insgesamt:	286.471	320.529	330.891	937.891	787.024

Die eingeräumten, zugeteilten und hievon ausgeübten Optionen aus dem **MSOP 2005** teilen sich auf den Kreis der Berechtigten wie folgt auf:

	Eingeräumt 2005	Zugeteilt 2005	Zugeteilt 2006	Zugeteilt Gesamt	Hievon ausgeübt
Mag. Andreas Treichl	9.000	3.000	3.000	6.000	3.000
Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren	9.000	3.000	3.000	6.000	0
Mag. Reinhard Ortner	9.000	3.000	3.000	6.000	3.000
Mag. Dr. Franz Hochstrasser	9.000	3.000	3.000	6.000	3.000
Erwin Erasim	9.000	3.000	3.000	6.000	3.000
Mag. Bernhard Spalt ab 1.11.2006	3.000	1.000	1.000	2.000	0
Dr. Christian Coreth bis 31.10.2006	9.000	3.000	3.000	6.000	0
daher Organe insgesamt:	57.000	19.000	19.000	38.000	12.000
Leitende Angestellte	685.500	228.500	213.000	441.500	78.910
Arbeitnehmer	219.810	219.810	230.211	450.021	57.719
Optionen insgesamt:	962.310	467.310	462.211	929.521	148.629

19) Zum 31.12.2006 noch bestehendes genehmigtes und bedingtes Kapital:

Gemäß Pkt. 4.4. sowie Pkt 4.4.1 und 4.4.2 der Satzung ist der Vorstand ermächtigt, bis 5.7.2011 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrates um bis zu EUR 167.425.528,00 unter Ausgabe von bis zu 83.712.764 Aktien zu erhöhen, wobei die Art der Aktien, der Ausgabekurs, die Ausgabebedingungen und, soweit vorgesehen, der Ausschluss des Bezugsrechtes vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates festgesetzt werden.

Gemäß Pkt. 4.5. der Satzung wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 8.5.2001 der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu Nominale EUR 18.168.208,54 zu beschließen. Der Vorstand hat mit Beschluss vom 21.1.2002, genehmigt durch den Aufsichtsrat am 31.1.2002 diese Ermächtigung in vollem Umfang ausgeübt.

Im Geschäftsjahr 2002 wurden im Rahmen des Mitarbeiterbeteiligungs- und Managementoptionenprogramms 2002 252.159 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien im Nominale von EUR 1.832.510,92 gezeichnet.

Im Geschäftsjahr 2003 wurden im Rahmen des ESOP 2003 117.926 Aktien gezeichnet und im Zuge des MSOP 2002 768 Optionen ausgeübt. Insgesamt wurden 118.694 auf Inhaber lautende Stammaktien im Nominale von EUR 862.582,94 gezeichnet.

In der Hauptversammlung vom 4.5.2004 wurde ein Aktiensplit im Verhältnis 1:4 beschlossen.

Im Geschäftsjahr 2004 wurden im Rahmen des ESOP 2004 278.940 Aktien gezeichnet und im Zuge des MSOP 2002 1.388.720 Optionen ausgeübt. Insgesamt wurden 1.667.660 auf Inhaber lautende Stammaktien im Nominale von EUR 3.335.320 gezeichnet.

Im Geschäftsjahr 2005 wurden im Rahmen des ESOP 2005 332.640 Aktien gezeichnet und im Zuge des MSOP 2002 1.408.068 Optionen ausgeübt. Insgesamt wurden 1.740.708 auf Inhaber lautende Stammaktien im Nominale von EUR 3.481.416,00 gezeichnet.

Im Rahmen des ESOP 2006 und im Zuge der Ausübungen von Optionen aus dem MSOP 2002 und MSOP 2005 wurden insgesamt im Geschäftsjahr 2006 976.389 auf Inhaber lautende Stammaktien im Nominale von EUR 1.952.778,00 gezeichnet.

Es besteht somit ein bedingtes Kapital im Nominale von EUR 8.263.662,00, das durch Ausgabe von bis zu 4.131.831 auf Inhaber oder Name lautende Stammaktien zum Ausgabepreis von mindestens EUR 2,00 je Aktie gegen Bareinlagen und unter Ausschluss des Bezugsrechtes der bisherigen Aktionäre durchgeführt werden kann.

Gemäß Pkt. 4.6. der Satzung wurde der Vorstand ermächtigt für eine 5-Jahresperiode ab Eintragung der Satzungsänderung im Firmenbuch um bis zu Nominale EUR 20.000.000,00 durch Ausgabe von bis zu 10.000.000 auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien zum Ausgabepreis von mindestens EUR 2,00 je Aktie gegen Bareinlage und unter Ausschluss des Bezugsrechtes der bisherigen Aktionäre bedingt zu erhöhen. Das bedingte Kapital dient der Einräumung von Aktienoptionen an Arbeitnehmer, leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens.

Gemäß Beschluss der a.o. Hauptversammlungen vom 21.8.1997 und vom 4.5.2004 bzw. Pkt. 4.7. der Satzung wurde der Vorstand ermächtigt eine bedingte Kapitalerhöhung von 24.000.000 Stück Stammaktien im Nominale von EUR 48.000.000,-- für den Fall, dass Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen (Inhaberaktien) durchzuführen.

20) Zusatzangaben gemäß § 243a UGB

Per 31.12.2006 besteht eine direkte Beteiligung am Grundkapital der Erste Bank AG durch die DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Privatstiftung (in der Folge „Privatstiftung“) im Ausmaß von rund 30,5%. Die Privatstiftung ist somit größter Einzelaktionär.

Für die Beteiligung an der Erste Bank erhielt die Privatstiftung im Jahre 2006 (für das Wirtschaftsjahr 2005) eine Dividende von EUR 43,1 Mio. Der Stiftungszweck sieht neben dem Halten einer qualifizierten Beteiligung an der Erste Bank AG auch die Förderung sozialer, wissenschaftlicher, kultureller und karitativer Einrichtungen sowie des Sparkassengedankens vor. Derzeit sind Mag. Andreas Treichl (Vorstandsvorsitzender der Erste Bank AG), Dr. Franz Ceska und Dr. Dietrich Karner als Vorstandsmitglieder der Privatstiftung bestellt. Der Aufsichtsrat bestand per Jahresende 2006 aus neun Mitgliedern, wobei hievon zwei Mitglieder auch im Aufsichtsrat der Erste Bank AG tätig sind.

Per 31.12.2006 wies die Erste Bank AG gegenüber der Privatstiftung Verbindlichkeiten von EUR 35,2 Mio und Forderungen von EUR 7,3 Mio auf. Weiters bestanden zum Jahresende 2006 zwischen Erste Bank und Privatstiftung marktübliche Derivatgeschäfte zu Sicherungszwecken, und zwar Zinsen-Swaps im Nominalvolumen von EUR 75 Mio sowie Zinsen-Swaps mit Cap- bzw. Floorvereinbarung von jeweils EUR 247,4 Mio.

Im Jahre 2006 ergaben sich für die Erste Bank aus Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Privatstiftung sowie den genannten Derivatgeschäften auf die Berichtsperiode abgegrenzte Zinserträge von EUR 3,2 Mio bzw. Zinsaufwendungen von EUR 2,7 Mio.

Gemäß Pkt. 12.1. der Satzung wird dem Aktionär DIE ERSTE österreichische Spar-Casse Privatstiftung für die Dauer seiner Mitgliedschaft zur Gesellschaft das Recht auf Entsendung von bis zu einem Drittel der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrates eingeräumt. Von diesem Entsendungsrecht wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebende Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates betrifft Pkt. 12.4. der Satzung, wonach für den Widerruf von Aufsichtsratsmitgliedern eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen und eine Mehrheit von drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich sind.

Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Dem Vorstand sind keine Beschränkungen in Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern bekannt. Lediglich im Zusammenhang mit den Mitarbeiterbeteiligungsprogrammen (MSOP/ESOP) besteht eine einjährige Behaltefrist.

Sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebende Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft sind in Pkt. 16.9. der Satzung insoweit beschrieben, als Satzungsbestimmungen, die für Beschlüsse erhöhte Mehrheiten vorsehen, selbst nur mit denselben erhöhten Mehrheiten geändert werden können. Weiters können die letzten beiden Sätze dieses Punktes 16.9. nur mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen und mit einer Mehrheit von drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals geändert werden.

Bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebotes wirksam werden, sich ändern oder enden, sowie ihre Wirkungen:

Der Aktienoptionsplan der Erste Bank sieht im Fall eines Übernahmeangebotes folgende Sonderbestimmungen vor (§ 17 des Aktienoptionsplans):

- (1) Falls ein auf die Aktien der Erste Bank lautendes Übernahmeangebot veröffentlicht werden sollte, werden alle für die zu diesem Zeitpunkt bestehenden berechtigten Führungskräfte eingeräumten, noch nicht zugeteilten Optionen den berechtigten Führungskräften, die die persönlichen Teilnahmevoraussetzungen erfüllen, unverzüglich zugeteilt werden.
- (2) Der Zuteilungsstichtag, das Ende des Ausübungsfensters und der Valutatag werden in diesem Falle vom Vorstand der Erste Bank festgelegt werden. Sie sind so zu wählen, dass eine Ausübung der Optionen und der Verkauf der Aktien während des Übernahmeangebotsverfahrens möglich ist.
- (3) Eine Festlegung von Leistungsträgern und/oder eine Einräumung von Optionen an diese erfolgt in diesem Falle nicht.
- (4) Sämtliche eingeräumte und zugeteilte Optionen dürfen durch den Teilnahmeberechtigten ab dem der Zuteilung folgenden Tag ausgeübt werden; die Bestimmungen des § 11 Abs. 1 Z. 2 (Mindesthaltedauer der Optionen) sowie des § 12 Abs. 1 Satz 1 (Ausübungsfenster) sind nicht anzuwenden. Die bezogenen Aktien dürfen im Rahmen des Übernahmeangebotes zum Verkauf angeboten werden; § 16 (Behaltefrist) ist nicht anzuwenden.
- (5) Auch bezüglich aller bereits vorher bezogenen Aktien, die noch einer Behaltefrist (§ 16) unterliegen, endet diese mit Veröffentlichung des Übernahmeangebotes.
- (6) Sollte das Übernahmeangebot ohne Vorliegen eines konkurrierenden Übernahmeangebotes zurückgezogen werden, unterliegen die gemäß Abs. 1 zugeteilten, noch nicht ausgeübten Optionen ab dem Bekanntwerden der Zurückziehung des Übernahmeangebotes einer Sperrfrist von einem Jahr, die aus den gemäß Abs. 1 zugeteilten Optionen bezogenen Aktien einer gleich langen Behaltefrist, gerechnet ab dem Zuteilungsstichtag. Die gemäß Abs. 5 beendete(n) Behaltefrist(en) leben nicht wieder auf.

Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

21) Rücklagen

a) Entwicklung der Kapitalrücklagen:

Der Stand der Kapitalrücklagen betrug zum 31.12.2006 EUR 4.589,6 Mio. (Vorjahr: EUR 1.491,4 Mio.). Die Erhöhung der Kapitalrücklagen um EUR 3.098,2 Mio. ist auf das Agio aus den in Punkt III. 17 dieses Anhangs beschriebenen Kapitalerhöhungen zurückzuführen.

b) Entwicklung der Gewinnrücklagen:

Der Stand der Gewinnrücklagen hat sich im Berichtsjahr von EUR 595,8 Mio auf EUR 784,5 Mio erhöht. Diese Erhöhung resultiert aus den Dotationen der Freien Rücklage in Höhe von EUR 146,6 Mio und der Rücklage für eigene Aktien in Höhe von EUR 42,1 Mio.

c) Entwicklung der Haftrücklage:

Das Dotierungserfordernis 2006 zur Erreichung der Soll-Rückstellung im Ausmaß von 2,5 % der Bemessungsgrundlage per 31.12.2000 zuzüglich 1 % vom Wachstum der Bemessungsgrundlage vom 31.12.2000 bis 31.12.2006 beträgt EUR 87,0 Mio., der Stand der Rücklage liegt damit per 31.12.2006 bei EUR 854,0 Mio.

d) Entwicklung der un versteuerten Rücklagen (in EUR Mio.)

Die Reduzierung des Standes der un versteuerten Rücklagen auf EUR 13,8 Mio. (Vorjahr: EUR 14,4 Mio.) resultiert aus der erfolgswirksamen Auflösung von Bewertungsreserven auf Grund von Sonderabschreibungen.

22) Eigenes Ergänzungskapital

Zum Bilanzstichtag 2006 befand sich Ergänzungskapital aus eigener Emission zum Buchwert von EUR 12,9 Mio. (Vorjahr: EUR 9,6 Mio.) im Eigenbestand der Erste Bank.

23) Eigenes Nachrangkapital

Zum Bilanzstichtag 2006 befand sich Nachrangkapital aus eigener Emission zum Buchwert von EUR 1,9 Mio. (Vorjahr: EUR 2,0 Mio.) im Eigenbestand der Erste Bank.

24) Eigene Anteile**Eigene Aktien im Bestand**

	Stück	Nominale in EUR
Anfangsbestand 1.1.2006	42.393	84.786
Summe Zugänge	97.470.928	194.941.856
Summe Abgänge	96.755.090	193.510.180
Endbestand 31.12.2006	758.231	1.516.462
Höchster Stand eigener Aktien	1.586.617	3.173.234

Ergänzende Angaben gemäß § 243a UGB

Sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebende Befugnisse der Mitglieder des Vorstandes hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien zurückzukaufen:

Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 19.5.2006 ist:

die Gesellschaft ermächtigt, eigene Aktien gemäß § 65 Absatz 1 Ziffer 7 des Aktiengesetzes zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben, wobei der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien fünf von Hundert des Grundkapitals am Ende jeden Tages nicht übersteigen darf. Der Gegenwert darf für jeweils 1 Stück der zu erwerbenden Aktien EUR 10,00 nicht unterschreiten und EUR 100,00 nicht übersteigen. Diese Ermächtigung gilt für 18 Monate, somit bis zum 19.11.2007;

der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates eigene Aktien gemäß § 65 Absatz 1 Ziffer 8 des Aktiengesetzes zu erwerben, wobei der Anteil der gemäß dieser Ermächtigung erworbenen und der gemäß § 65 Abs 1 Z. 1, 4 und 7 AktG erworbenen Aktien zehn von Hundert des Grundkapitals nicht übersteigen darf. Der Gegenwert darf für jeweils 1 Stück der zu erwerbenden Aktien EUR 10,00 nicht unterschreiten und EUR 100,00 nicht übersteigen. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den entsprechenden Vorstandsbeschluss sowie das darauf beruhende Rückkaufsprogramm und dessen Dauer zu veröffentlichen. Die hiernach erworbenen eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrates zum Zweck der Ausgabe der Aktien als Gegenleistung für den Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland, somit auf andere Weise als über die Börse oder durch öffentliches Angebot veräußert werden. Der Vorstand ist weiters ermächtigt, die eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen. Diese Ermächtigung gilt für 18 Monate, somit bis zum 19.11.2007.

Sämtliche Erwerbe und Veräußerungen erfolgten im Rahmen der Genehmigung der Hauptversammlung.

25) **Eigenmittel**a) **Bemessungsgrundlage laut § 22 Abs. 2 BWG (in EUR Mio.):**

Risikokategorie (Eigenmittel-Unterlegung)	31.12.2005 ungewichtete Aktiva	31.12.2005 risikogew. Aktiva laut BWG(1)	31.12.2006 ungewichtete Aktiva	31.12.2006 risikogew. Aktiva laut BWG(1)
0%	14.970	0	13.777	0
10%	43	4	28	3
20%	10.136	2.027	11.650	2.330
50%	4.975	2.488	5.238	2.619
100%	20.385	20.385	26.919	26.919
<u>Investmentzertifikate</u>	512	154	391	140
On-Balance-Summe	51.021	25.058	58.003	32.011
Außerbilanzmäßige Geschäfte (insbes. Bürgschaften, Garantien)		3.786		4.833
Besondere außerbilanzmäßige Finanzgeschäfte		98		107
<u>Dem Wertpapierhandelsbuch gewidmetes Volumen</u>	23.145	-	25.689	-
Summe	74.166	28.942	83.692	36.951

- (1) Bemessungsgrundlage gemäß § 22 Abs. 2 BWG, beinhaltet somit nicht die Bemessungsbasis für das Wertpapierhandelsbuch gemäß § 22 b BWG.

b) **Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs.1 BWG (in EUR Mio.):**

	31.12.2005	31.12.2006
8 % der gewichteten Aktivposten, außerbilanzmäßigen und besonderen außerbilanzmäßigen Finanzgeschäfte gemäß § 22 Abs. 2 BWG	2.315	2.956
<u>Eigenmittelerfordernis für das WP-Handelsbuch u. die offene Fremdwährungsposition (§22b u. §26 BWG)</u>	321	376
Erforderliche Eigenmittel gesamt	2.636	3.332

c) Eigenmittel gemäß § 23 BWG (in EUR Mio.):

	31.12.2005	31.12.2006
Kernkapital (Tier 1)		
Eingezahltes Kapital	486	629
Offene Rücklagen	2.867	6.199
abzüglich immaterielle Wirtschaftsgüter	-89	-75
Summe Kernkapital	3.264	6.753
Anrechenbare ergänzende Eigenmittel (Tier 2)		
Ergänzungskapital	966	1.027
Neubewertungsreserve	173	201
Nachrangiges Kapital	1.115	1.544
Summe ergänzende Eigenmittel	2.254	2.772
Anrechenbares kurzfristiges nachrangiges Kapital (Tier3)		
Umwidmung nicht mehr anrechenbarer ergänzender Eigenmittel	204	182
Summe Kernkapital und ergänzende Eigenmittel	5.722	9.707
Abzüge gemäß § 23 Abs. 13 und § 29 Abs. 1 und 2 BWG	-207	-216
Anrechenbare Eigenmittel - IST (Tier 1 + 2 + 3)	5.515	9.491
Eigenmittel – Soll	2.636	3.332
Eigenmittelüberschuss	2.879	6.159
Deckungsquote	209,2%	284,8%
Eigenmittelüberschuss aus Tier 1+2 Mitteln	2.879	6.159
Eigenmittelüberschuss aus Tier 3 Mitteln	0	0
Eigenmittelquote (1)	18,0%	24,7%
davon Kernkapitalquote (2)	11,3%	18,3%

- (1) Gesamte anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 BWG abzüglich Erfordernisse für Wertpapier-Handelsbuch und offene Devisenpositionen in Relation zur Bemessungsgrundlage gemäß § 22 Abs. 2 BWG
- (2) Kernkapital in Relation zur Bemessungsgrundlage gemäß § 22 Abs. 2 BWG.

26) Aufstellung jener Vermögensgegenstände, welche gemäß § 64 Abs. 1 Ziffer 8 BWG als Sicherheit für Verbindlichkeiten dienen

Vermögensgegenstände in EUR Mio.	31.12.2006	als Sicherheit gestellt für Verbindlichkeiten aus folgenden Geschäften
Festverzinsliche Wertpapiere	30	Arrangementkaution zugunsten der Oesterr. Kontrollbank AG
	107	Arrangementkaution für Intraday-Geschäfte
		Sicherheiten für Ausleihungen an Unternehmen der Erste Bank-Gruppe:
	141	der Slovenská Sporitelna a.s.
	19	der Česká Sporitelna a.s.
	75	Deckungsstock für fundierte Erste Bank-Anleihen
	5	Sicherheiten für sonstige Verbindlichkeiten
	49	Deckungsstock für Mündelgeldspareinlagen
	3.238	Sicherheiten für EZB Depot
	392	Marginerfordernisse
Forderungen an Kunden	54	Deckungsstock für fundierte Erste Bank-Anleihen
	20	Marginerfordernisse
	1.497	Deckungsstock für Pfand- u. Kommunalbriefe
Forderungen an Kreditinstitute	100	Sicherheiten für Ausleihungen der Erste & Steiermärkische Bank d.d. an Unternehmen der Erste Bank Gruppe
	99	Sicherheiten für sonstige Verbindlichkeiten

27) Gesamtvolumen noch nicht abgewickelter derivativer Finanzprodukte

per 31.12.2006 (in EUR Mio.):	Nominalbeträge Restlaufzeit			gesamt
	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	
Zinssatzverträge	269.837	106.334	58.403	434.574
OTC-Produkte:				
Zinssatzoptionen				
Kauf	24.650	23.865	7.049	55.564
Verkauf	21.001	23.079	8.016	52.096
Zinsswaps				
Kauf	106.208	30.390	24.442	161.040
Verkauf	114.116	28.393	18.391	160.900
FRA's				
Kauf	127	0	0	127
Verkauf	340	0	0	340
Börsegehandelte Produkte:				
Futures	2.913	607	505	4.025
Zinssatzoptionen	482	0	0	482
Wechselkursverträge	72.703	3.116	682	76.501
OTC-Produkte:				
Währungsoptionen				
Kauf	2.966	129	0	3.095
Verkauf	2.836	433	22	3.291
Währungsswaps				
Kauf	33.699	1.031	398	35.128
Verkauf	33.201	1.523	262	34.986
Börsegehandelte Produkte:				
Futures	1	0	0	1
Währungsoptionen	0	0	0	0
Edelmetallverträge	2	0	0	2
OTC-Produkte:				
Edelmetalloptionen				
Kauf	1	0	0	1
Verkauf	1	0	0	1
Börsegehandelte Produkte:				
Futures	0	0	0	0
Edelmetalloptionen	0	0	0	0
Verträge in Substanzwerten	1.983	679	636	3.298
OTC-Produkte:				
Aktienoptionen				
Kauf	300	255	143	698
Verkauf	268	410	409	1.087
Börsegehandelte Produkte:				
Futures	215	0	0	215
Aktienoptionen	1.200	14	84	1.298
Gesamtsumme	344.525	110.129	59.721	514.375
davon OTC-Produkte:	339.714	109.508	59.132	508.354
davon börsegehandelte Produkte:	4.811	621	589	6.021

Anmerkung: Zinsen- und Währungsswaps sind einseitig (Kauf), Währungsoptionen sind zweiseitig dargestellt.

28) Darstellung der derivativen Finanzinstrumente und der Finanzinstrumente des Anlagevermögens gemäß Fair-Value-Bewertungsgesetz

Derivative Finanzinstrumente

per 31.12.2006 (in EUR Tsd.):	Nominalwert Kauf	Nominalwert Verkauf	Buchwert	Zeitwert positiv	Zeitwert negativ
Zinssatzverträge					
OTC-Produkte					
Zinssatzoptionen	55.563.658	52.095.597	18.519	27.977	-68.955
Zinsenswaps	161.039.579	160.899.513	138.880	156.732	-144.899
FRAs	127.345	340.367	-60	0	-60
Börsegehandelte Produkte					
Futures	865.127	3.160.173			
Zinssatzoptionen	481.929	0	564	568	-4
Wechselkursverträge					
OTC-Produkte					
Währungsoptionen	3.095.202	3.290.659	-14.647	11.962	-26.609
Währungsswaps	35.127.644	34.986.478	-91	73.557	-70.703
Börsegehandelte Produkte					
Futures	724	749			
Währungsoptionen	0	0	0	0	0
WP-bezogene Geschäfte					
OTC-Produkte					
Aktienoptionen	697.979	1.087.448	19.378	30.387	-11.009
Börsegehandelte Produkte					
Futures	52.629	162.513			
Aktienoptionen	287.872	1.009.713	882	1.036	-154
Edelmetallverträge					
OTC-Produkte					
Edelmetalloptionen	1.139	911	-128	0	-128
Börsegehandelte Produkte					
Futures	0	160			
Edelmetalloptionen	0	0	0	0	0
Waren- und sonstige Verträge					
OTC-Produkte					
Warenoptionen	0	0	0	0	0
Börsegehandelte Produkte					
Futures	150	0			
Warenoptionen	0	0	0	0	0
OTC-Produkte	255.652.545	252.700.973	161.851	300.615	-322.363
börsegehandelte Produkte	1.688.432	4.333.308	1.446	1.603	-157
Gesamtsummen	257.340.977	257.034.281	163.297	302.218	-322.520

Finanzinstrumente des Anlagevermögens

per 31.12.2006 (in EUR Tsd.):	Buchwert	Zeitwert	Stille Lasten	Stille Reserven
Schuldtitle öffentlicher Stellen	2.502.838	2.467.882	34.956	
	860.240	866.268		6.028
Forderungen an Kreditinstitute	873.154	868.732	4.422	
	2.254.820	2.257.079		2.259
Forderungen an Kunden	463.482	461.818	1.664	
	1.513.325	1.518.423		5.098
Schuldverschreibungen	1.344.757	1.328.638	16.119	
	4.123.733	4.143.686		19.953
Aktien	71.543	70.075	1.468	
	318.914	323.360		4.446
Gesamt	5.255.774	5.197.145	58.629	
	9.071.032	9.108.816		37.784

Die Abschreibung des Anlagevermögens wurde unterlassen, weil die Wertminderungen voraussichtlich nicht von Dauer sind. Der Zeitwert (Fair Value) ist derjenige Betrag, der in einem aktiven Markt aus dem Verkauf eines Finanzinstruments erzielt werden könnte oder der für einen entsprechenden Erwerb zu zahlen wäre. Sofern Marktpreise verfügbar waren, werden diese zur Bewertung herangezogen. Bei fehlenden Marktpreisen wurden Bewertungsmodelle, insbesondere das Barwertverfahren, herangezogen. Die Positionen sind erfolgsmäßig im Zinserfolg und im Erfolg aus Finanzgeschäften enthalten.

29) Angaben zu Risikovorsorgen

Entwicklung der Risikovorsorgen (Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie Eventualverbindlichkeiten) in EUR Mio.:

	2005	2006
Stand Jahresanfang	748	786
abzüglich Verbrauch	-120	-154
abzüglich Auflösung	-94	-109
Veränderungen aus Abspaltungen / Fusionen	0	0
zuzüglich Neubildung	239	208
Kurswertdifferenzen, Umbuchungen und Veränderung der im Zinsertrag verrechneten Vorsorgen für Zinsforderungen	13	-11
Stand Jahresende	786	720

IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung:

1) Die in der Gewinn- und Verlustrechnung der Erste Bank in der Position **Erträge aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen** enthaltenen Ergebnisse von Gruppenmitgliedern (jene Tochtergesellschaften, die im Rahmen der 2005 in Kraft getretenen Gruppenbesteuerungsregelungen steuerlich der Unternehmensgruppe der Erste Bank AG angehören) erreichten im Berichtsjahr einen Wert von EUR 109,4 Mio. (Vorjahr: EUR 137,8 Mio.). Im Berichtsjahr ergaben sich keine Abwertungserfordernisse bzw. sonstige Aufwendungen für Gruppenmitglieder (Vorjahr: EUR 14,0 Mio.).

2) Die **Bruttoerträge** der Erste Bank zeigen folgende regionale Gliederung, wobei die Trennung nach dem Sitz der Geschäftsstellen erfolgte:

(in EUR Mio.)	Inland	Ausland	2005 gesamt	Inland	Ausland	2006 gesamt
Zinsen und ähnliche Erträge	1.744	446	2.190	2.093	635	2.728
Erträge aus WP und Beteilig.	458	3	461	441	2	443
Provisionserträge	382	17	399	436	14	450
Erträge aus Finanzgeschäften	102	1	103	108	2	110
Sonstige betriebliche Erträge	15	0	15	5	1	6
Gesamt	2.701	467	3.168	3.083	654	3.737

3) In der Position Provisionserträge sind Erträge für **Verwaltungs- und Agenturdienstleistungen** des Kreditinstitutes gegenüber Dritten in Höhe von EUR 69,1 Mio. enthalten (Vorjahr: EUR 65,9 Mio.).

4) Die **sonstigen betrieblichen Erträge** von EUR 5,5 Mio. (Vorjahr: EUR 14,9 Mio.) beinhalten vor allem Erträge aus Anlagenverkäufen und aus Vermietungen.

5) Beim Personalaufwand sind in der Position **Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen** Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von EUR 20,8 Mio (Vorjahr: EUR 17,3 Mio), Aufwendungen für Altersversorgung und –unterstützung in Höhe von EUR 53,8 Mio. (Vorjahr: EUR 48,5 Mio.) und Aufwendungen aus Veränderung der Pensionsrückstellung in Höhe von EUR 30,1 Mio. (Vorjahr: EUR 1,8 Mio.) enthalten. Der höhere Aufwand für die Veränderung der Pensionsrückstellung resultiert aus Änderungen von Berechnungsparametern, insbesondere Absenkung des Diskontierungszinssatzes.

6) Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** der Erste Bank von EUR 11,3 Mio (Vorjahr: EUR 4,9 Mio) bestehen im Wesentlichen aus Verkaufsverlusten bei ersteigerten Liegenschaften sowie aus Aufwendungen für Prozessrisiken und Schadensfälle.

7) Der ausgewiesene Saldo zwischen den **außerordentlichen Erträgen** und den **außerordentlichen Aufwendungen** von insgesamt EUR -11,8 Mio. (Vorjahr: EUR -11,8 Mio.) resultiert aus den Aufwendungen für die Aufholung der Unterdeckung der Pensionsrückstellung für Pensionisten und der anteiligen Auflösung des ebenfalls unter Aktiven Rechnungsabgrenzungen ausgewiesenen Unterschiedsbetrages aus der Übertragung der Pensionsanwartschaften für Aktive an die Pensionskasse.

8) Die Position **Steuern vom Einkommen und Ertrag** weist einen Ertragssaldo in Höhe von EUR +19,8 Mio. (Vorjahr: EUR +2,5 Mio.) aus. In diesem Saldo ist ein Steuerertrag in Höhe von EUR 43,1 Mio (Vorjahr: EUR 27,7 Mio.) aus der laufenden Steuerumlage gemäß der Gruppenbesteuerung als Unternehmensgruppe nach § 9 KStG 1988 enthalten. Die wesentlichen Aufwendungen dieser Position bestehen aus ausländischer Einkommensteuer und sonstigen ausländischen ertragsabhängigen Steuern in Höhe von EUR 24,3 Mio.

V. Angaben über Organe und Arbeitnehmer

1) Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer der Erste Bank (gewichtet ohne karenzierte Arbeitnehmer und Vorstände) betrug während des Geschäftsjahres 2006 4.193 Mitarbeiter (Vorjahr: 4.183).

Von den Mitarbeitern waren im Geschäftsjahr gegen Ersatz der Aufwendungen 456 Mitarbeiter (Vorjahr: 469) in anderen Unternehmen tätig. Der Kostenersatz betrug EUR 35.362 Tsd. (Vorjahr: EUR 34.733 Tsd.) und wurde in der GuV-Position Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (Personalaufwand) berücksichtigt.

2) Organe

Die gewährten Kredite und Vorschüsse an die Mitglieder des Vorstandes erreichten zum Jahresende 2006 ein Gesamtvolumen von EUR 603 Tsd. (Vorjahr: EUR 129 Tsd.). Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates betrugen diese Kredite unverändert EUR 400 Tsd. (Vorjahr: EUR 400 Tsd.). Die Verzinsung und sonstigen Bedingungen (Laufzeit und Besicherung) sind marktüblich. Bei Krediten an Mitglieder des Vorstandes erfolgten im laufenden Geschäftsjahr Rückzahlungen in Höhe von EUR 10 Tsd. (Vorjahr: EUR 9 Tsd.), bei Krediten an Mitglieder des Aufsichtsrates erfolgten im laufenden Geschäftsjahr keine Rückzahlungen. (Vorjahr: EUR 1.973 Tsd.).

Die im Geschäftsjahr tätigen Mitglieder des Vorstandes erhielten im Gesamtjahr 2006 für ihre Funktion Bezüge (einschließlich Sachbezüge) in Höhe von EUR 11.219 Tsd. (Vorjahr: EUR 10.833 Tsd.), das sind 2,54 % des gesamten Personalaufwandes der Erste Bank.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 2006 EUR 647 Tsd. (Vorjahr: EUR 627 Tsd.) ausbezahlt.

Die Bezüge des Vorstandes im Geschäftsjahr 2006 verteilen sich auf die einzelnen Vorstandsmitglieder wie folgt:

(in EUR Tsd.).

Name des Vorstandes:	Geldbezüge	Geldbezüge	Sonstige	Gesamt:
	fixer Bezug	erfolgsabhängig	Bezüge	
Mag. Andreas Treichl	1.245	1.357	366	2.968
Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren	934	1.030	222	2.186
Mag. Reinhard Ortner	778	850	189	1.817
Dr. Franz Hochstrasser	778	875	188	1.841
Erwin Erasim	519	583	131	1.233
Dr. Christian Coreth bis 31.10.2006	417	583	87	1.087
Mag. Bernhard Spalt ab 1.11.2006	71	-	16	87
	4.742	5.278	1.199	11.219

In der Position sonstige Bezüge sind Pensionskassenbeiträge und diverse Sachbezüge enthalten. Der Vorstand der Erste Bank AG erhielt im Geschäftsjahr 2006 von vollkonsolidierten Tochtergesellschaften der Erste Bank keine Organ- oder sonstigen Bezüge. Die Vergütungen des Vorstandes richten sich nach dem Aufgabenbereich, der Verantwortung, der Erreichung der Unternehmensziele und der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens.

An die Mitglieder des Aufsichtsrates der Erste Bank wurden im Berichtsjahr für ihre Funktion Bezüge in Höhe von EUR 517 Tsd (Vorjahr: EUR 372 Tsd) ausbezahlt. Folgende Mitglieder des Aufsichtsrates bezogen für Organfunktionen in vollkonsolidierten Tochtergesellschaften der Erste Bank folgende Vergütungen: Dr. Heinz Kessler EUR 19.137,00 und KR Josef Kessler EUR 275,00. Mit Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden keine sonstigen Rechtsgeschäfte abgeschlossen. Von Mitgliedern des Aufsichtsrates nahestehenden Unternehmen wurden aus sonstigen Rechtsgeschäften folgende Beträge in Rechnung gestellt: Das Unternehmen PWC Corporate Finance Beratung GmbH, in dem Dipl. Ing. Mag. Friedrich Rödler als Geschäftsführer tätig ist, hat der Erste Bank im Jahr 2006 für eine Auftragserteilung EUR 648.000,00 (exkl. Ust) in Rechnung gestellt. Das Unternehmen PWC PricewaterhouseCoopers Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung GmbH, in dem Dipl. Ing. Mag. Friedrich Rödler als Geschäftsführer tätig ist und einen Gesellschaftsanteil von 79,1% hält, hat der Erste Bank im Jahr 2006 für eine Auftragserteilung EUR 150.000,00 (exkl. Ust) in Rechnung gestellt. Bei beiden Aufträgen wurden Subhonorare von mehr als 50% der Auftragssummen an nicht nahestehende Unternehmen weiterverrechnet. Das Unternehmen DORDA BRUGGER JORDIS Rechtsanwälte GmbH, in dem Dr. Theresa Jordis Partnerin ist, hat der Erste Bank im Jahr 2006 für eine Auftragserteilung EUR 360.000,00 und für weitere anwaltliche Leistungen EUR 167.041,00 in Rechnung gestellt.

Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates im Einzelnen:

(in EUR Tsd.).

Name des Aufsichtsrates:	Aufsichtsrats- vergütungen	Sitzungsgelder	Gesamt:
Dr. Heinz Kessler	50	18	68
o.Univ.Prof.Dr. Georg Winckler	33	18	51
Dr. Theresa Jordis	38	17	55
Mag. Bettina Breiteneder	25	10	35
Dkfm. Elisabeth Gürtler	25	7	32
Mag. Jan Homan	25	6	31
KR Dipl.Ing. Werner Hutschinski bis 19.5.2006	25	4	29
KR Josef Kassler	25	5	30
Dipl.Ing. Dkfm. Lars-Olof Ödlund	25	3	28
Mag. Dr. Wilhelm Rasinger	17	9	26
Dipl.Ing. Mag. Friedrich Rödler	25	14	39
Mag. Dr. Hubert Singer	25	3	28
Dr. Gabriele Zuna-Kratky ab 19.5.2006	0	3	3
Dr. Klaus Braunegg bis 11.5.2005	12	0	12
Günter Benischek	0	7	7
Erika Hegmala	0	10	10
Ilse Fetik	0	3	3
Dkfm. Joachim Härtel	0	13	13
Mag. Anton Janku	0	12	12
Mag. Christian Havelka	0	4	4

Die Vergütungen des Aufsichtsrates richten sich nach den Aufgaben des Aufsichtsrates, dem Geschäftsumfang und der Lage der Gesellschaft.

Informationen über gehaltene Bestände von und Transaktionen mit Erste Bank Aktien von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern (in Stück):

Vorstandsmitglieder:

Name des Vorstandes:	Stand 31.12.2005	Zugänge 2006	Abgänge 2006	Stand 31.12.2006
Mag. Andreas Treichl	120.040	3.400	0	123.440
Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren	25.600	0	0	25.600
Mag. Reinhard Ortner	121.400	4.200	0	125.600
Dr. Franz Hochstrasser	44.256	3.000	0	47.256
Erwin Erasim	20.716	3.200	10.000	13.916
Mag. Bernhard Spalt ab 1.11.2006				256
Dr. Christian Coreth bis 31.10. 2006	9.000	4.000	3.400	9.600

Nachstehende Aufsichtsratsmitglieder hielten zum Bilanzstichtag 31.12.2006 folgende Bestände an Erste Bank Aktien:

Name des Aufsichtsrates:	Stück
o.Univ.Prof. Dr. Georg Winckler	1.300
Mag. Bettina Breiteneder	2.560
Mag. Dr. Wilhelm Rasinger	2.935
Dipl.Ing.Mag. Friedrich Rödler	24
Günter Benischek	605
Ilse Fetik	104
Erika Hegmala	128
Dkfm. Joachim Härtel	24
Mag. Christian Havelka	1.000
Mag. Anton Janku	352

Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern nahestehende Personen hielten per 31.12.2006, soweit ermittelbar, 20.516 Stück Erste Bank Aktien.

Die Aufwendungen für Abfertigungen, Pensionsabfindungen und Pensionen der Erste Bank betreffen die in der Gewinn- und Verlustrechnung angeführten Positionen "Löhne und Gehälter", "Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung", "Dotierung /Auflösung der Pensionsrückstellung", "Dotierung/Auflösung der Abfertigungsrückstellung" und, soweit es das zeitanteilige Nachholerfordernis betrifft, "Außerordentliche Aufwendungen". Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen für Mitglieder des Vorstandes und leitende Angestellte gemäß § 80 Abs. 1 Aktiengesetz betragen EUR 12.416 Tsd. (Vorjahr: EUR 7.930 Tsd.). Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen für andere Arbeitnehmer betragen EUR 94.899 Tsd. (Vorjahr: EUR 55.598 Tsd.). Die hohen Steigerungsraten resultieren aus der Umstellung von Parametern bei der Berechnungsmethode. In den angeführten Beträgen sind jeweils Aufwendungen für Hinterbliebene einbezogen.

Die Angaben über die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates gemäß § 239 Abs. 2 UGB sind in der Anlage zum Anhang gesondert ausgewiesen.

VI. Gewinnverteilungsvorschlag

Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, unter Beachtung des § 65 Abs.5 Aktiengesetz aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von EUR 0,65 je Aktie zur Auszahlung zu bringen. Daraus ergibt sich insgesamt eine Dividende von EUR 204.942.520,25, der Gewinnrest von EUR 92.725,23 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Anlage zum Anhang

Organe der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG

Aufsichtsrat

Dr. Heinz Kessler,

Vorsitzender des Aufsichtsrates

Generaldirektor i.R.

o.Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler

1. Vorsitzender-Stellvertreter

Rektor der Universität Wien

Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Wien

Dr. Theresa Jordis,

2. Vorsitzende-Stellvertreterin

Rechtsanwältin

Mag. Bettina Breiteneder

Unternehmerin

Dkfm. Elisabeth Gürtler

Unternehmerin

Mag. Jan Homan

Generaldirektor der Teich AG

Komm.-Rat Baurat h.c. Dipl.-Ing.

Werner Hutschinski

bis 19.5.2006

Geschäftsführer i.R.

Komm.-Rat Josef Kassler

Generaldirektor i.R.

Dipl.Ing. Dkfm. Lars-Olof Ödlund

Berater

Mag. Dr. Wilhelm Rasinger

Betriebswirt

Dipl.Ing. Mag. Friedrich Rödler

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

Mag. Dr. Hubert Singer

Generaldirektor der Dornbirner Sparkasse AG

Dr. Gabriele Zuna-Kratky

seit 19.5.2006

Direktorin des Technischen Museums Wien

Vom Betriebsrat entsandt:

Günter Benischek

Vorsitzender des Zentralbetriebsrates

Erika Hegmala

Vorsitzender-Stellvertreterin des Zentralbetriebsrates

Ilse Fetik

Mitglied des Zentralbetriebsrates

Dkfm. Joachim Härtel

Mitglied des Zentralbetriebsrates

Mag. Christian Havelka

Mitglied des Zentralbetriebsrates

Mag. Anton Janku

Mitglied des Zentralbetriebsrates

Vertreter der Aufsichtsbehörde

Mag. Robert Spacek

Obersenatsrat, Staatskommissär

Mag. Dietmar Griebler

Senatsrat, Staatskommissär-Stv.

Mag. Dr. Sabine Kanduth-Kristen

Regierungskommissär für den Deckungsstock

MR Mag. Eduard Moser

Regierungskommissär-Stellvertreter für den Deckungsstock

Mag. Irene Kienzl

Treuhänder gemäß Hypothekenbankgesetz

MR Dkfm. Dr. Anton Rainer

Treuhänder-Stv. gemäß Hypothekenbankgesetz

Vorstand

Mag. Andreas Treichl

Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren

Vorsitzende-Stellvertreterin,

Mag. Reinhard Ortner

Vorstandsmitglied

Mag. Dr. Franz Hochstrasser

Vorstandsmitglied

Erwin Erasim

Vorstandsmitglied

Dr. Christian Coreth

Vorstandsmitglied

bis 31.10.2006

Mag. Bernhard Spalt

Vorstandsmitglied

ab 1.11.2006

Anlage zum Anhang

Anlagentpiegel 2006

	Anschaffungswerte									
	Stand 1.1.2006	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2006	Zuschreibungen gem. §56(3) BWG Devisenkursumwer- tungen	kumulierte Abschreibungen 31.12.2006	Buchwerte 31.12.2006	Buchwerte 1.1.2006	Abschreibungen 2006	
in Mio. EUR										
1. Beteiligungen										
Anteile an verbundenen										
Unternehmen	555,2	125,0	5,0	675,2	0,0	21,6	653,6	536,5	2,9	2,9
3. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Firmenwerte	45,3	0,0	23,7	21,6	0,0	16,1	5,5	9,3	3,8	3,8
Sonstige	318,2	23,5	68,4	273,3	0,0	203,8	69,5	79,5	33,5	33,5
	363,5	23,5	92,1	294,9	0,0	219,9	75,0	88,8	37,3	37,3
4. Sachanlagen	395,9	7,6	57,9	345,6	0,0	258,8	86,8	97,5	14,5	14,5
5. Wertpapiere										
Schuldittel öffentl. Stellen und ähnliche Wertpapiere	3.576,3	947,8	1.117,5	3.406,6	13,1	56,6	3.363,1	3.546,3	0,0	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	3.539,2	2.292,5	2.696,0	3.135,7	0,4	8,1	3.128,0	3.540,5	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	2.024,8	531,1	572,8	1.983,1	0,0	6,3	1.976,8	2.022,5	0,0	0,0
festverz. Wertpapiere	5.349,5	1.141,4	1.002,3	5.488,6	15,4	35,5	5.468,5	5.350,9	0,0	0,0
Wertpapiere	451,4	90,4	151,2	390,6	0,2	0,4	390,4	447,2	0,0	0,0
	14.941,2	5.003,2	5.539,8	14.404,6	29,1	106,9	14.326,8	14.907,4	0,0	0,0
Gesamtsumme	20.729,1	9.619,0	5.754,2	24.593,9	29,1	1.056,7	23.566,3	16.570,7	62,3	62,3

Anlage zum Anhang

Anteilsbesitz der Erste Bank AG per 31.12.2006

Die angegebenen Eigenkapital- und Ergebniswerte sind grundsätzlich auf Basis der konzerneinheitlich nach IFRS bewerteten Abschlüsse bzw. Konzernabschlüsse ermittelt und können daher von den von den Gesellschaften nach lokalen handelsrechtlichen Vorschriften zu veröffentlichenden Werten abweichen. Durch die Angabe der Werte aus den konzerneinheitlich bewerteten Abschlüssen wird eine Verbesserung der angeführten Information erreicht.

Das angegebene Ergebnis entspricht dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag nach Steuern (aber vor Rücklagenbewegung).

Gesellschaftsname, Ort	Anteil in % durchgerechnet	Eigenkapital in EUR Mio	Ergebnis in EUR Mio	Ergebnis- abfuhr 1)	Datum des Abschlusses	Einbeziehung in den Konzern- abschluss 2)
1.) Kreditinstitute						
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bankaktiengesellschaft, Linz (Konzern)	26.9%	451.9	67.0		31.12.2006	V
Banca Comerciala Romana SA, Bukarest (Konzern)	69.2%	1,255.8	218.0		31.12.2006	V
Bausparkasse der österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft, Wien	95.0%	138.8	23.2		31.12.2006	V
Česká spořitelna a.s., Prag (Konzern)	98.0%	1,814.1	372.8		31.12.2006	V
Erste & Steiermärkische banka d.d., Rijeka	54.7%	386.9	56.0		31.12.2006	V
Erste Bank (Malta) Limited, Sliema	100.0%	130.0	9.7		31.12.2006	V
ERSTE BANK AD NOVI SAD, Novi Sad	100.0%	59.2	-28.3		31.12.2006	V
Erste Bank Hungary Nyrt., Budapest (Konzern)	99.9%	456.3	88.4		31.12.2006	V
ERSTE-SPARINVEST Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien	84.3%	13.1	30.2		31.12.2006	V
Europay Austria Zahlungsverkehrssysteme GmbH, Wien	3.1%	53.3	21.8		31.12.2005	E
Intermarket Bank AG, Wien	21.3%	29.2	4.4		31.12.2006	E
Kapital-Beteiligungs Aktiengesellschaft, Wien	15.0%	8.6	-0.2		30.09.2006	A
Kärntner Sparkasse Aktiengesellschaft, Klagenfurt (Konzern)	25.0%	319.7	44.9		31.12.2006	V
NÖ Beteiligungsfinanzierungen GmbH, Wien	30.0%	3.0	0.0		30.09.2006	E
NÖ Bürgschaften GmbH, Wien	25.0%	6.5	0.0		31.12.2005	E
Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft, Wien (Konzern)	12.9%	352.9	47.9		31.12.2005	A

Österreichische Hotel- und Tourismusbank Gesellschaft m.b.H., Wien	18.8%	26.9	1.2		31.12.2005	A
Prvá stavebná sporiteľna, a.s., Bratislava (Konzern)	35.0%	231.7	33.0		31.12.2006	E
s Wohnbaubank AG, Wien (Konzern)	90.3%	33.1	2.8		31.12.2006	V
Salzburger Sparkasse Bank Aktiengesellschaft, Salzburg	98.7%	171.9	21.0	X	31.12.2006	V
Slovenská sporiteľňa a.s., Bratislava (Konzern)	100.0%	592.3	104.1		31.12.2006	V
"Spar - Finanz" - Investitions- und Vermittlungs- Aktiengesellschaft, Wien	50.0%	3.7	0.1		31.12.2005	E
Sparkasse Hainburg-Bruck- Neusiedl Aktiengesellschaft, Hainburg	75.0%	32.2	8.4	X	31.12.2006	V
Sparkasse Kremstal-Pyhrn Aktiengesellschaft, Kirchdorf	24.1%	49.3	7.6		31.12.2006	V
Sparkasse Mühlviertel-West Bank Aktiengesellschaft, Rohrbach	40.0%	55.6	8.8		31.12.2006	V
Sparkasse Voitsberg-Köflach Bankaktiengesellschaft, Voitsberg	6.3%	23.1	1.6		31.12.2006	V
Steiermärkische Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft, Graz (Konzern)	25.0%	720.9	107.8		31.12.2006	V
Tiroler Sparkasse Bankaktiengesellschaft Innsbruck, Innsbruck (Konzern)	75.0%	152.5	16.8		31.12.2006	V
2.) Finanzinstitute						
EBV - Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co. KG., Wien	100.0%	8.7	0.6		31.12.2006	V
Erste Corporate Finance GmbH, Wien	100.0%	2.1	1.3		31.12.2006	V
Erste Securities Polska S.A., Warschau (Konzern)	100.0%	8.1	3.3		31.12.2006	V
Erste Securities Zagreb d.o.o., Zagreb	97.7%	2.6	0.4		31.12.2006	V
IMMORENT Aktiengesellschaft, Wien (Konzern)	100.0%	450.5	85.5		31.12.2006	V
Neue Eisenstädter gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgesellschaft m.b.H., Eisenstadt	50.0%	6.4	0.4		31.12.2005	A
Österreichisches Volkswohnungswerk, Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien	100.0%	37.0	3.3		31.12.2005	A
s Autoleasing GmbH, Wien	100.0%	0.1	0.1		31.12.2006	V
"Wohnungseigentümer" Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft m.b.H., Mödling	26.0%	24.6	4.1		31.12.2005	A
3.) Sonstige						
ARWAG Holding- Aktiengesellschaft, Wien (Konzern)	19.2%	54.5	15.4		31.12.2005	A
Aviso Alpha Veranlagung GmbH, Wien	22.9%	442.0	4.5		31.12.2006	E

Budapesti Értéktőzsdé Zrt, Budapest	12.2%	31.2	9.0		31.12.2005	A
Capexit Private Equity Invest AG, Wien (Konzern)	93.9%	15.9	9.8		31.12.2006	V
CSSC Customer Sales Service Center GmbH, Wien	46.9%	0.0	0.0		31.12.2006	V
Dezentrale IT-Infrastruktur Services GmbH, Wien	74.4%	0.1	0.2		31.12.2006	V
Donau Allgemeine Versicherungs- Aktiengesellschaft, Wien	8.5%	90.5	20.6		31.12.2005	A
EB-Beteiligungsservice GmbH, Wien	99.8%	0.0	0.0		31.12.2006	V
EB-Malta-Beteiligungen Gesellschaft m.b.H., Wien	100.0%	131.2	10.2		31.12.2006	V
EB-Restaurantsbetriebe Ges.m.b.H., Wien	100.0%	0.1	0.0		31.12.2006	V
ecetra Internet Services AG, Wien (Konzern)	100.0%	17.6	-2.8		31.12.2006	V
ECO Unternehmensbeteiligungs- GmbH, Wien	100.0%	16.7	-1.0		31.12.2006	V
Erste Reinsurance S.A., Luxemburg	100.0%	12.8	-2.2		31.12.2006	V
Informations-Technologie Austria GmbH, Wien	25.8%	22.6	0.2		31.12.2006	E
OM Objektmanagement GmbH, Wien (Konzern)	100.0%	81.5	-0.7		31.12.2006	V
Procurement Services GmbH, Wien	99.8%	2.8	1.9		31.12.2006	V
s Haftungs- und Kundenabsicherungs GmbH, Wien	62.6%	0.2	0.0		31.12.2006	V
s Immobilienfinanzierungsberatung GmbH, Wien	72.6%	-4.9	0.1		31.12.2006	V
s REAL Immobilienvermittlung GmbH, Wien (Konzern)	96.1%	2.1	1.0		31.12.2006	V
S Tourismus Services GmbH, Wien	100.0%	5.2	0.3		31.12.2006	V
s IT Solutions AT Spardat GmbH, Wien	73.3%	2.7	2.7		31.12.2006	V
s IT Solutions SK, spol. s r.o., Bratislava	99.5%	1.6	1.2		31.12.2006	V
Sparkassen Immobilien Aktiengesellschaft, Wien (Konzern)	15.1%	387.7	8.5		31.12.2005	E
Sparkassen Versicherung Aktiengesellschaft, Wien (Konzern)	61.9%	171.3	19.2		31.12.2006	V
Sparkassen Zahlungsverkehrabwicklungs GmbH, Linz	40.0%	0.3	0.0		31.12.2006	V
"Sparkassen-Haftungs Aktiengesellschaft", Wien	38.3%	0.2	0.0		31.12.2006	V
S-Tourismusfonds Management Aktiengesellschaft, Wien	99.9%	47.9	1.7		31.12.2006	V
UBG-Unternehmensbeteiligungs- gesellschaft m.b.H., Wien	100.0%	0.6	0.0		31.12.2005	A
VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG, Wien ³⁾	27.2%	42.1	4.4		31.12.2005	E

VERMREAL Liegenschaftserwerbs- und - betriebs GmbH, Wien	25.6%	7.7	0.2		31.12.2006	E
VMG-Erste Bank Versicherungsmakler GmbH, Wien	100.0%	0.2	0.4		31.12.2006	V
WED Holding Gesellschaft m b H., Wien	19.2%	11.5	0.0		31.12.2005	A
Wiener Börse AG, Wien	10.1%	43.2	14.9		31.12.2005	A

1) Ergebnisabführungsvertrag mit der Erste Bank AG

2)

V ... Vollkonsolidierung
E ... Einbeziehung at equity
A ... nicht konsolidiert

3) Ergebnis der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien (31.12.2005)

Wien, 6. März 2007

Der Vorstand

Mag. Andreas Treichl
Generaldirektor

Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren
Generaldirektor Stv

Mag. Reinhard Ortner
Vorstandsdirektor

Mag. Dr. Franz Hochstrasser
Vorstandsdirektor

Erwin Erasim
Vorstandsdirektor

Mag. Bernhard Spalt
Vorstandsdirektor

Bestätigungsbericht

Wir haben den Jahresabschluss der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG für das Geschäftsjahr 2006 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt dieses Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden bankrechtlichen Bestimmungen sowie der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Jahresabschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss im Einklang steht. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den unternehmensrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden bankrechtlichen Bestimmungen und der Satzung und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, 6. März 2007

Sparkassen-Prüfungsverband

Prüfungsstelle
(Bankprüfer)

Mag. Friedrich O. Hief
Wirtschaftsprüfer

Mag. Erich Steffl
Oberrevisor

Deloitte Wirtschaftsprüfungs GmbH

Mag. Thomas Becker
Wirtschaftsprüfer

Mag. Erich Kandler
Wirtschaftsprüfer

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird.

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir die uns nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben erfüllt. Wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens regelmäßig beraten und die Geschäftsführung der Erste Bank überwacht. Der Vorstand berichtete uns mündlich und schriftlich regelmäßig, zeitnah und umfassend. Die Mitglieder des Vorstands haben in den Sitzungen des Aufsichtsrats über die Entwicklung in ihren Geschäftsbereichen berichtet. Zu einzelnen Tagesordnungspunkten wurden Experten geladen, die vertiefend Information erstattet haben. Aktuelle Einzelthemen und Entscheidungen wurden in Gesprächen zwischen den Vorsitzenden des Vorstands und des Aufsichtsrats erörtert. Darüber hinaus haben wir uns intensiv mit der geplanten Neustrukturierung der Erste Bank Gruppe und mit der Nachfolgeplanung im Vorstand der Erste Bank auseinandergesetzt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2006 fanden insgesamt sieben Aufsichtsratssitzungen statt. Alle Mitglieder waren an mindestens der Hälfte der Sitzungen anwesend.

Folgende wesentliche Sachverhalte wurden behandelt:

In der ersten Sitzung des Jahres am 15.03.2006 haben wir die Prüfungsberichte, den Lagebericht 2005, den Konzernabschluss 2005 und den Konzernlagebericht 2005 behandelt und zustimmend zur Kenntnis genommen. Entsprechend der Empfehlung des Prüfungsausschusses haben wir den Jahresabschluss 2005 festgestellt. Weiters haben wir den Vorschlag für die Gewinnverteilung für 2005 gebilligt.

Ferner wurden der Corporate-Governance-Bericht besprochen, das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm (ESOP) 2006 beschlossen und die Tagesordnung der Hauptversammlung 2006 zur Kenntnis genommen.

In mehreren Sitzungen wurde die Situation in den CEE-Bankentöchtern, insbesondere in Rumänien und Serbien besprochen. Weiters wurde der Erwerb von bis zu 8% Aktien der BCR von den Mitarbeitern der BCR im Wege eines Aktientausches bzw. eines Barangebotes genehmigt.

In der Sitzung am 24.10.2006 wurde Mag. Bernhard Spalt, der Leiter des Strategischen Risikomanagements, mit Wirkung ab 01.11.2006 zum Mitglied des Vorstandes bestellt. Er folgt Dr. Christian Coreth, der aus gesundheitlichen Gründen sein Vorstandsmandat zurückgelegt hat. Ich bedanke mich im Namen des gesamten Aufsichtsrats für seine Tätigkeit und den Einsatz im Dienste der Erste Bank. Ausführlich besprochen wurde in dieser Sitzung die geplante neue Organisationsstruktur mit Bildung einer Holdinggesellschaft.

Die letzte ordentliche Sitzung des Geschäftsjahres fand am 13.12.2006 statt. Wieder wurde die geplante neue Organisationsstruktur ausführlich diskutiert. Beschlossen wurde die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für den Aufbau einer operativen Holding bis Mitte 2007. Diese soll in ihrer endgültigen Struktur alle CEE-Bankbeteiligungen und die Beteiligung an einer neu zu schaffenden österreichischen Erste Bank halten.

Aufgrund des Ablaufs der Mandate aller Vorstandsmitglieder mit 30.06.2007 und in Vorbereitung der künftigen neuen Struktur hat sich der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 13.12.2006 mit der Nachfolgeplanung im Vorstand auseinandergesetzt. Mag. Reinhard Ortner und Erwin Erasim haben erklärt, nach dem Ende ihrer Mandate am 30.06.2007 in den Ruhestand treten zu wollen.

Auf Vorschlag des Ausschusses für Vorstandsangelegenheiten hat der Aufsichtsrat die Vorstandsmitglieder Mag. Andreas Treichl, Dr. Elisabeth Bleyleben-Koren, Dr. Franz Hochstrasser, Mag. Bernhard Spalt wiederbestellt und Dr. Thomas Uher, Peter Kisbenedek, Herbert Juranek und Dr. Peter Bosek neu zum Mitglied des Vorstandes mit Wirkung vom 01.07.2007 bis 30.06.2012 bestellt. Mag. Andreas Treichl wurde wieder zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt.

In dieser Sitzung wurde auch der Gesamtinvestitionsplan 2007 genehmigt. Bei mehreren Sitzungen wurde der geplante Erwerb der ukrainischen Bank Prestige behandelt.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten hat die Auszahlung der Jahresboni des Vorstandes entsprechend den vereinbarten Parametern beschlossen. Er hat ausführlich über die Nachfolgeplanung im Vorstand der Erste Bank beraten und einen Vorschlag für die Zusammensetzung des Vorstandes ab 01.07.2007 für den Aufsichtsrat erstellt.

Im Prüfungsausschuss wurde am 15.03.2006 die Schlussbesprechung durchgeführt. Es wurde in dieser Sitzung der Jahresabschluss und Lagebericht und der Konzernabschluss und –lagebericht besprochen, dem Aufsichtsrat die Feststellung des Jahresabschlusses empfohlen und der Vorschlag für die Gewinnverteilung zur Kenntnis genommen. Es wurde weiters der Vorschlag erstattet, an die Hauptversammlung den Antrag zu stellen, die Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH als zusätzlichen Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2007 zu bestellen. Dem Prüfungsausschuss wurde der Revisionsplan 2006 berichtet. In seiner Sitzung am 13.12.2006 wurde ihm über das Ergebnis der Vorprüfung und über die Umsetzung des Corporate Governance Kodex in der Erste Bank berichtet.

Der Risikomanagementausschuss hat sich in seinen 24 Sitzungen unter anderem mit der Einführung von Basel II im Erste Bank-Konzern befasst und die über dem Pouvoir des Vorstandes gelegenen Veranlagungen und Großveranlagungen behandelt.

Der Strategieausschuss hat in mehreren Sitzungen im ersten Quartal 2006 die Durchführungsbeschlüsse zur Kapitalerhöhung getroffen. Ihm wurde der jährliche Beteiligungsbericht erstattet. Im zweiten Halbjahr waren unter anderem der geplante Erwerb der ukrainischen Bank Prestige und die neue Holdingstruktur Thema.

Jahresabschluss

Der Jahresabschluss mit Lagebericht sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht für das Jahr 2006 sind vom Sparkassen-Prüfungsverband als gesetzlich vorgesehenem Prüfer sowie von der zum zusätzlichen Abschlussprüfer gewählten Deloitte Wirtschaftsprüfung GmbH geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsbericht versehen worden. Vertreter der beiden Prüfer haben an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Wir haben uns dem Ergebnis dieser Prüfungen angeschlossen und uns mit dem Vorschlag zur Gewinnverteilung einverstanden erklärt. Der vom Vorstand aufgestellte

Jahresabschluss wurde von uns gebilligt, so dass er damit gemäß § 125 Abs. 2 Aktiengesetz als festgestellt gilt. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden geprüft und zustimmend zur Kenntnis genommen.

Personalia

Herr Dipl.Ing. Werner Hutschinski, der seit 1993 im Aufsichtsrat der Erste Bank vertreten war, ist am Tag der 13. ordentlichen Hauptversammlung per 19.05.2006 ausgeschieden. Ich bedanke mich ausdrücklich für seinen langjährigen Einsatz im Namen des gesamten Aufsichtsrats. Die 13. ordentliche Hauptversammlung hat als neues Mitglied Frau Dr. Gabriele Zuna-Kratky in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Erste Bank für ihren großen persönlichen Einsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Für den Aufsichtsrat

Dr. Heinz Kessler
Präsident